

**Bezugspreis:**  
Wierteljährl. 36.— M., monatl. 12.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 12.— M., einricht. Zu-  
stellungsgeld. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 22.— M., für  
das übrige Ausland 26.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“ der Unter-  
haltungsbeilage „Witwenzeit“ und der  
Beilage „Erdkunde und Völkergarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonnt-  
ags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Worinplatz 15195-97  
Expedition Worinplatz 11753-54

Wittwoch, den 16. November 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Worinplatz 11753-54

**Anzeigenpreis:**  
Die Jahrgangspolizei Kompositionen  
kosten 7.— M. „Kleine Anzeigen“  
das erste gedruckte Wort 3.— M. (zu-  
lässig zwei letzte gedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1.50 M. Siebengefühe  
und Schlußzeilenanzeigen das erste  
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort  
1.— M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50% — M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Einsendungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Steuerforderungen der Gewerkschaften

Heran an die Sachwerte!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbundes und des Afa-Bundes, die schon  
vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen  
Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse  
scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Be-  
ratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei  
dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit ver-  
bundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und  
Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unver-  
züglich ein gesetzgeberisches Eingreifen ver-  
langt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu  
lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem  
ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Ge-  
werkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung  
eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für un-  
umgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum  
Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten  
Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendi-  
gung des Krieges wieder erstarkten Privatwirtschaft im  
notwendigen Maße anzupassen. Die Stilllegung der Roten-  
presse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der  
Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht  
werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wir-  
tschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die  
Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaft-  
lichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unter-  
ziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer  
Ueberführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in  
Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches be-  
findlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen  
bureaucratischen Bevormundung zu befreien und durch So-  
zialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch  
privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanz-  
gesetz Sicherungen vorgesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern die Vor-  
stände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des  
Afa-Bundes von der Reichsregierung und den Reichstag zur  
Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Aus-  
gleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Be-  
schlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten.  
Die Aktiengesellschaften haben 25 Proz. ihres Aktienkapitals auf  
das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen  
und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge  
für die Veränderung des Geldwertes angepaßt  
sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Er-  
höhung der Kreditfähigkeit des Reichs.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen  
mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Scharfe Erfassung der Exportdevisen durch  
Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnot-  
wendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen  
Erfassung der Wertlagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, ins-  
besondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen  
müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung  
sowie an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis  
zu einer Grenze von 25 Proz. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht  
zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung  
des Finanzamts den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzuführen. Ist die  
Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben  
sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Proz. zu zahlen. Die  
Umfahrsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Ab-  
schlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-  
geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-  
bundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter  
und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe  
der freien Gewerkschaften auf, mit alledem Nachdruck für  
dieses Mindestprogramm einzutreten und für  
seine Durchführung ihre ganze organisatorische  
Kraft zu entfalten.

Die Forderungen der Gewerkschaften stellen Mindest-  
forderungen dar, an die sich die sozialistischen Par-  
teien gebunden fühlen. Nachdem die Industrie in ihren

bekanntem Bedingungen selbst betont hat, daß die Wiederher-  
stellung geordneter Finanzen Voraussetzung für die  
Kreditfähigkeit in der Welt ist, nachdem sie ferner selbst aner-  
kennt hat, daß wir ohne Kredit die nächsten Zahlungen an die  
Entente nicht bewirken können, wird es ihr schwer fallen, diese  
Forderungen abzuweisen. Sie erstreben ja nichts weiter, als  
die Rotenpresse zum Stillstand zu bringen und das wachsende  
Elend breiter, auch zum Bürgertum zählender Massen, das  
durch die Geldentwertung und die fortgesetzte Tätigkeit der  
Rotenpresse veranlaßt ist, aufzuhalten und eine gesunde Grund-  
lage für die Politik der Erfüllung des Londoner Ultimatum  
zu schaffen, die allein uns vor schweren wirtschaftlichen Ver-  
lusten, vor allem vor der Besetzung des Ruhrgebietes, schützt.

Die kommenden Reichstagsverhandlungen werden zeigen,  
ob das Volk als Ganzes das Programm aufnehmen  
wird, das die Gewerkschaften und mit ihnen die sozialistischen  
Parteien verfechten werden. Geschieht das nicht und wird  
kein besserer Weg zur Erhaltung der Republik und zum Schutze  
des Friedens gewiesen, so stehen wir vor ernststen politischen  
und wirtschaftlichen Kämpfen.

### Die Hehe gegen Sachlieferungen.

Rathenau gegen Quaaß.

Die maßlose Hehe der Rechtsparteien gegen alle Be-  
strebungen der republikanischen Außenpolitik ist bekannt und hat  
schon zu scharfen Auseinandersetzungen geführt. In längeren  
Ausführungen wehrt sich nun der frühere Wiederaufbau-  
minister Dr. Walter Rathenau gegen unsachliche Angriffe,  
die der Geh. Regierungsrat Dr. Quaaß gegen das Wies-  
badener Abkommen gerichtet hat. Quaaß bekommt es fertig  
zu behaupten, daß das Sachlieferungsabkommen den Kurs  
der Mark weiter gesenkt habe. Dabei ist das Wiesbadener  
Abkommen noch nicht in Kraft getreten! Er beschwert sich  
über die vorgesehenen erhöhten Kohlenlieferungen, obgleich er  
wissen mußte, daß der Leiter des Kohlenhandels an den  
Wiesbadener Beratungen teilgenommen und das Abkommen  
befürwortet hat. Der Höhepunkt der unsachlichen Kritik wird  
aber in folgenden Ausführungen des Herrn Quaaß erklingen:

„Erreicht ist eine völlige Zerteilung unserer —  
schon so schmalen und schwachen — politischen Position.  
Vergebens wurde er gewarnt, das, was wir in Aktien noch haben,  
unserem unerträglichsten Gegner Frankreich in die Hand zu spielen.  
Nurte das nicht unsere anderen Gläubiger, namentlich England,  
gegen uns aufbringen? Vergebens warnten auch ernste englische  
Stimmen. Ich kann mich aus begründeten Gründen über diese  
Dinge nicht näher äußern. Das Ende jedenfalls war überschrieben!“

Dr. Rathenau bemerkt dazu:

„Ich habe also nach Herrn Quaaß, wenn man die stillistische  
Umhüllung beiseite läßt, unsere letzten Aktien dem Gegner  
in die Hände gespielt und überschrieben preisgegeben. Sind solche  
Verdächtigungen, für die der gesetzlich zulässige Ausdruck fehlt, nach  
dem Zusammenbruch der Quaaß'schen Argumente erlaubt?“

Nach meinen Ausführungen im Reichswirtschaftsrat mußte Herr  
Quaaß wissen, daß die Verhandlungen in Wiesbaden in jedem  
Stadium mit England besprochen waren, dem überdies  
innerhalb der Reparationskommission die letzte Entscheidung vor-  
behalten blieb. In seinem Bericht an die englische Regierung hat  
das englische Mitglied der Reparationskommission die Annahme  
des Abkommens mit geringen Änderungen, die sich im wesentlichen  
auf Berechnungen innerhalb der Witterten beziehen, empfohlen.  
Persönlich hat dieses Mitglied sich mir gegenüber betreffend Wies-  
baden entschieden günstig geäußert. Dagegen haben sich entscheidende  
englische Staatsmänner über den Genfer Beschluß mehr als ab-  
sprechend ausgesprochen. Und das nennt Herr Quaaß „England  
gegen uns aufbringen“. Das macht er zur Grundlage der  
versteckten Behauptung, das durch Wiesbaden aufgebrauchte England  
habe auf den Beschluß gewirkt, Oberschlesien loszureißen, und beides  
durch meine Schuld?“

Wenn unter Demagogie das Wirken zu verstehen ist, das, auf  
ungut zureichende Argumente gestützt, mangelhaft informierte  
Stände und Massen in verhäßter oder unverhüllter Form zu  
leidenschaftlicher Empörung gegen Menschen und Ein-  
richtungen erregt, so glaube ich berechtigt zu sein, die Quaaß'sche  
Kundgebung und was sich auf ähnlichem Niveau bewegt, als dema-  
gogisch zu bezeichnen. Wenn solche Kundgebungen, systematisch  
und unablässig ausgestreut, zu Ubertreibungen ins Land gehen und  
notgedrungen zu Ausbrüchen urteilloser Leidenschaften führen, so  
soll man zum mindesten nicht nachträglich mit abnungstoller und be-  
dauernder Unschuld die Hände waschen und fogenannte Verblendete  
von den Hochschülern abschütteln. Schon heute gehen diese Dinge  
ihren Gang. Ueber ihre Auswirkungen zu reden, unterlasse ich.“

Es ist echt alldeutsche Moral, erst mit Lügenhege die  
Massen aufzubringen und sie dann zu verleugnen. Die  
Mörderliste der Deutschmonarchisten ist der schönste Be-  
weis für die Erfolge dieser Politik!

## Die Unbufffertigen.

Für das deutsche Volk ist jetzt jeder Tag Bußtag. Zum  
Insichgehen und Bekennen begangener Fehler bietet jeder  
reiche Gelegenheit. Aber wo sind die christlichen Buhprediger,  
die den Mächtigen des Reiches von gestern und den  
Despoten der Wirtschaft von heute den Spiegel ihrer  
Schuld vorhalten?

Vor der Niederlage teilten sich die Herrenkassen des Adels,  
des Militärs und des Kapitals in die Herrschaft über das Reich.  
Und selten hat sich das Sprichwort „Hochmut kommt vor dem  
Fall“ richtiger erwiesen als bei dem Sturz der ehemals  
politisch Privilegierten von ihrer stolzen Höhe. Aber der  
übermütige Herrengeist jener, der jetzt von unten auf revol-  
viert, ist auch den andern erhalten geblieben, die die Fahrt ab-  
wärts nicht mit machten, sondern sich oben behaupteten, den  
Herren vom großen Geldsack. In diesen Tagen, in  
denen die Erregung hochgeht über das herausfordernde Ge-  
baren der Schlobarone, die nach dem Eigentum der Allge-  
meinheit, den Reichseisenbahnen, ihre Hand austrecken, ist  
vielleicht nicht unnützlich, sich alter Zeiten zu erinnern, um zu  
zeigen, daß der Kampf gegen den Uebermut kapitalistischen  
Herrentropes nicht erst von heute ist.

Man empört sich mit Recht darüber, wie der Reichs-  
verband der Industrie die Regierung der Republik  
behandelt. Aber ist er mit den Regierungen der Monarchie  
besser verfahren? Es war noch im Glanz des Kaiserturns, am  
6. Januar 1909, als im Berliner Palasthotel jene berühmte  
Konferenz des Unternehmertums tagte, die gegen das damals  
geplante Gesetz zum Schutze der Bergarbeiter die Fäden der  
Berchwörung knüpfte. Da war es der Geheimrat  
Lithemann, der sagte:

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen,  
bitten,

Immer ganz froh sein zu sagen,

sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu  
diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im  
Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden.“

Drücken Sie da dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge.

Das ist nach meiner Ueberzeugung die einzige Möglichkeit, das un-  
heilvolle Gesetz zum Schutze zu bringen, daß wir dem Herrenhaus  
sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt  
vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen ver-  
dienst und hilf uns.“ ... „Ich meine, jetzt hätten wir auch eine takti-  
sche Handhabe gegen den Handelsminister, wie wir sie besser gar  
nicht haben können. Denken Sie einmal nach: Wenn heute hier  
die Vertreter der gesamten deutschen Bergwerbsdistrikte erklärten,  
wir geben nicht zu den Verhandlungen im Handelsministerium.  
Woll uns heute abend bekannt geworden ist, daß der preußische  
Handelsminister offiziell einen Sozialdemokraten zu  
diesen Verhandlungen eingeladen hat, lehnen wir  
es ab, zu einer solchen Besprechung zu gehen, dann schmeißen  
wir die ganze Geschäfte. ... Die einzige Hoffnung — das  
betone ich wieder —, das Gesetz zu Fall zu bringen, ist das Herren-  
haus. Nach meiner Meinung ist hier eine taktische Handhabe ge-  
geben,

mit dem Gesetz zugleich den Minister, der Arm in Arm mit der  
Sozialdemokratie ein solches Gesetz präsentiert, zu befehligen.

Gerade aus dieser Erwägung möchte ich bitten, das zu tun.“

Und als dieser Redner geendet hatte, hob der Berggrat  
Billiger also an:

„Mir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden  
darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich um die Stei-  
lung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben her  
die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man  
muß dem Minister das Rückgrat stärken und ihm, wenn nicht  
andere,

zu einem eleganten Abgang verhelfen.“

Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber  
wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat stärken, indem  
wir treu auf unserem Standpunkt beharren,

und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte,  
dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Gunsten  
wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen.“

Als zwei Jahre zuvor der als arbeiterfreundlich ver-  
dächtige Handelsminister v. Berlepsch in die Verlenkung  
verschwand war, da hatte der Generalsekretär des In-  
dustriellenverbandes Henry Axel Bueck triumphierend an  
den Spinnerkönig Hagler in Augsburg geschrieben:

„Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein be-  
kommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt.“

Reinsagen, Kleinriegen, Schmeißen — das war also auch  
schon damals die Parole. Auch in dem gelobten Zeitalter der  
unerschütterten Autorität war der Respekt der Industriege-  
waltigen vor den Ministern nicht groß. Und doch waren es  
„Minister Seiner Majestät“. Vielleicht können sich die Minister  
der Republik mit der Zeit besseren Respekt verschaffen, es  
kommt nur darauf an, wie sie es anpacken.

Das Verhältnis der Herren zu den politischen Par-  
teien? Man erinnere sich an die Aeußerung des Syndi-

**Kohe - Hannover auf einer Tagung des Industrieverbandes,** die Nationalliberalen (Nachfolgerin Deutsche Volkspartei) mühten nach der Pfeife der Industriellen tanzen, denn ihre Bahnen würden ja von ihnen bezahlt. Oder ihr Verhältnis zur Presse? Man kennt noch die Geschichte, wie Herr v. Stumm, unzufrieden mit einer Leistung seines Leiborgans, in die Redaktion der „Post“ (Nachfolgerin „Deutsche Allgemeine Zeitung“) stürzte mit dem wütenden Ruf: „Welcher Esel hat denn das geschrieben?“ Woher der Name „Post“?

Der Krieg fand die Industriearbeiter an der Seite Ludendorffs. Bekannt ist die unheilvolle Rolle, die die annektionistische Eingabe der großen Wirtschaftsverbände gespielt hat. Alle Treibereien der Alldutschen, der Vaterlandspartei und aller sonstigen Kriegsverlängerer wurden von denen, die am Granatendrehen verdienten — und wie verdienten! — mit schwerem Gelde bezahlt. Tüchtig in ihrem Fach, wie die Herren von der OHL, aber politische Dummköpfe ersten Ranges, wie die Herren von der OHL, führten sie einen innerpolitischen Vernichtungsfeldzug gegen alle, die den Sinn des Krieges als eines Verteidigungskrieges und als höchst erreichbares Ziel den Erhaltungsfrieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“ erkannt hatten. Sie verlangten den Frieden mit Annexionen und Entschädigungen — bis das deutsche Volk ihn über sich ergehen lassen mußte.

Das brach ihnen aber nicht den Hals. Im Gegenteil, sie wuchsen nur noch höher. Wie sie am Krieg verdient, wie sie am Sieg zu verdienen gehofft hatten, so verdienten sie nun an der Niederlage. Sie begriffen ihren Sinn nicht, wie sie den Sinn des Krieges nicht begriffen hatten, sie fühlten sich noch immer, selbst dort, wo die Senegalesen durch die Straßen patrouillierten, als die „Herren im Hause“ und möchten auch heute noch aller Welt „den Herrenstandpunkt fest ins Auge drücken“. Kriegskontributionen mag die Masse bezahlen, die nach dem Wort ihres geistigen Ahnherrn Bued „immer ungebildet bleiben wird“. Sie sind dazu da, an den Reparationen zu verdienen.

Sie, die einst Berlesch und später den zweiten, dritten, vierten, fünften bis auf Bethmann „Kriegsgezügelt“ hatten, dem die Verschwörung im Hotel Adlon galt, wollen nun auch Wirth kleinriegeln. Sie sabotieren seine Erfüllungspolitik, deren Sinn sie abermals nicht begreifen. An das notleidende, mit furchtbaren Gefahren kämpfende Reich, das sie zur Erfüllung ihrer Pflichten mahnt, wenden sie sich mit Ermahnungen und Ratschlägen, wie sie ein Geldbrot an den ihn anpumpenden Reiffen zu richten liebt. Und schließlich versteigen sie sich zu der frechen Forderung: Wenn das Reich ihre Kredithilfe in Anspruch nehme, dann solle es ihnen seine Eisenbahnen ausliefern.

Nach dem Finanzdiktat von Downingstreet das Finanzdiktat aus der Bellevuestraße. Aus dem trotz Kriegsnot von Eleganz funkelnden Hotel Esplanade. Wir haben das Gold, haben die Sachwerte, haben die Devisen! Wir lassen dich — Vaterland — am ausgestreckten Arm verhungern, wenn du uns nicht gibst, was du noch hast!

Das schlägt dem Faß den Boden aus! Hat er ihn ausgegossen? Das Faß, das „Geduld des Volkes“ heißt, ist riesengroß, und sein Boden ist stark. „Die Massen werden immer unwissend bleiben“, sagte Henry Axel Bued, und darauf spekuliert man. Sie lassen sich am Ende mit Hilfe einer gefälschten Presse einreden, sie trügen selber die Schuld an allem Elend, das über sie gekommen ist und das ihnen noch droht. „Dolchstoß von hinten“ usw.

Es wäre aber Zeit, zur Besinnung zu kommen, ehe uns der furchtbarste Ernst unserer Lage wieder einmal von außen her ins Bewußtsein getragen wird. Es ist genug verhandelt zwischen der Regierung und dem Reichsverband der Industrie. Es ist Zeit für die Regierung zu handeln!

Verbandssekretär Hiesfelder hat den Ruf als preussischer Wohlfahrtsminister angenommen.

## Die Not der Kriegsgesopfer.

Gestern fand beim Reichspräsidenten unter dessen Vorsitz in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers und des Bizanzlers eine Besprechung mit den Vertretern der 7 Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen statt, bei der die Vertreter der Organisationen die durch die Teuerung hervorgerufene wirtschaftliche Notlage der Kriegsgesopfer schilderten und Maßnahmen zu deren Abhilfe besprachen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Gewährung einer Winterbeihilfe, die Erhöhung der Teuerungszulagen und die grundsätzliche Stellungnahme zur Forderung der Organisationen auf sofortige Reform des Reichsverordnungsgesetzes. Der Reichspräsident und der Reichsarbeitsminister sagten sofortige Beratung der notwendigen Maßnahmen zu. Bereits am 21. und 22. November finden weitere Verhandlungen unter Leitung des Ministers mit den Spitzenorganisationen der Kriegsgesopfer im Reichsarbeitsministerium statt.

Den Kriegerhinterbliebenen bei Abtragung ihrer Verbindlichkeiten zu helfen und die Fürsorgebedürftigen insbesondere auch in Rechtsstreitigkeiten mit Rot und Tat zu unterstützen, gehört zu den Aufgaben der auf Grund der Verordnung vom 8. Februar 1919 errichteten Fürsorgestellen; ihre Vertreter sind in der Lage, als Beistände im Prozeß aufzutreten. Den Gerichten wird in einer Verfügung des preussischen Justizministers empfohlen, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sofern die erschiene Partei zu dem Kreise der fürsorgebedürftigen Kriegerhinterbliebenen zu gehören scheint, gegebenenfalls sie auf die Möglichkeit, sich an die zuständigen Fürsorgestellen zu wenden, hinzuweisen.

### Protest.

Die Arbeitsgemeinschaft der Beisitzer und Vertreter beim Militärversorgungsgesetz und die hinter diesen stehenden unterzeichneten Organisationen erheben gegen die Fassung des Gesetzentwurfs über das Verfahren in Versorgungssachen entschiedenen Einspruch. Sie fordern Verweisung an den Neuzugewählter-Ausschuß, um durch Fällungnahme mit den Vertretern der Organisationen die schädigende Wirkung, wie sie in dem Entwurf enthalten ist, zu beheben. Reichsbund, Internationaler Bund, Wirtschaftliche Vereinigung, Koffhäuser-Bund, Akademischer Hilfsbund, Zentralverband.

## Das Bremer Kompromiß.

Der demokratische Parteitag von Bremen, über dessen wesentlichste Verhandlungen wir berichtet haben, beendete seine Aussprache über die Taktik der Partei und die Haltung der Reichstagsfraktion mit einem Kompromiß. Das heißt, er hat nach ausführlicher und zuweilen recht lebhafter Aussprache der angegriffenen Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen, nachdem die Fraktion dieses Vertrauensvotum zur Bedingung gemacht hatte. In der gleichen Resolution aber wird ausdrücklich auf die vorausgegangene „offenherzige Aussprache“ Bezug genommen und demonstrativ betont, daß die „Demokratische Partei als eine republikanische gegründet“ worden ist.

Diese letztere Erinnerung legt gewissermaßen den Kern des Konflikts bloß, der dem Bremer Parteitag der Deutschdemokraten ein größeres Interesse zuschob, als er sonst zu erwecken vermocht hätte. Die Partei ist aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzt — nicht nur von der wirtschaftlichen, sondern auch von der politischen Seite gesehen —, daß sie selten zu einem einheitlichen Denken und einheitlichen Handeln kommen kann. Begründet unter dem Eindruck des Zusammenbruchs des kaiserlichen Deutschlands strömten ihr zunächst große Scharen von Intellektuellen und Kleinbürgern zu, die an dem alten System verzweifelt und in der Republik nicht nur ein zur Zeit Gegebenes, sondern auch ein für die Zukunft Notwendiges sahen. Aber neben ihnen tauchten auch die Größen der alten „Fortschrittlichen Volkspartei“ Eugen Richterscher Färbung auf, von den Nationalliberalen gar nicht zu reden. Diese Kreise waren nie republikanisch gesinnt,

hatten vielmehr noch kurz zuvor demonstrativ ihre monarchische Bestimmung betont und ihr „demokratisches“ Empfinden dadurch bewiesen, daß sie sich ängstlich hüteten, mit einem Sozialdemokraten in gleichem Atemzuge genannt zu werden.

Je mehr nun die Erinnerung an den November 1918 verblasst, desto stärker wurde der Einfluß dieser Novemberdemokraten, desto mehr überwog die Anschauungsweise dieser ehemals „Liberalen“, die nicht Fisch und nicht Fleisch zu sein pflegten. Daher auch das Lieblingsspiel mit der Deutschen Volkspartei, der Rechtsnachfolgerin der ehemals Schwerindustriell-Nationalliberalen. Was sich da in den Fraktionskämpfen der Demokraten abspielte, war nichts anderes als die Wiederholung der alten Froschsteichpolitik der Herren Eugen Richters, verstärkt durch den Einfluß der früheren Nationalliberalen. Und der Parteitag in Bremen, auf dem aus dem Lande die Stimme der Opposition sich erhob, konnte an dem Grundcharakter der Partei nichts ändern. Die Tatsache, daß der Oppositionelle Erkelenz, der Gewerkschafter, zum Vorsitzenden des Parteivorstandes gewählt und dadurch der bisherige Vorsitzende Beterien „entlastet“ wurde, scheint eine Konzession an diese Opposition zu sein. Ob diese Neuwahl aber tatsächlich eine einheitliche demokratische Linie der zukünftigen Parteipolitik herbeiführen kann, muß man doch erst abwarten.

Als Sozialdemokraten haben wir oft bedauert, daß wir in Deutschland kein wirklich demokratisches Bürgertum mit demokratischen Traditionen hatten. Wir wären ja auch keine politischen Gegner gewesen, aber man hätte doch bei allen Auseinandersetzungen nicht immer wieder beim Alphabet der Politik anfangen brauchen. Aus diesem Grunde haben wir die Gründung einer republikanisch-demokratischen Wählerpartei begrüßt, wenn wir auch keine großen Hoffnungen daran knüpfen konnten. Aber selbst unsere geringen Erwartungen sind im Laufe der drei Jahre oft schmählich enttäuscht worden. Gegenüber der dreifachen Angriffsfront der Monarchisten stehen die bürokratischen Demokraten es zumeist an einer klaren Linie ihres Willens fehlen. Sie wagen sich, anstatt frisch vorzustoßen, oft genug in die Defensive zurück und räumen so den Konkurrenten nach rechts das Feld. Das Sündenregister der reaktionären Parteien auszurollen, verließ der Sozialdemokratie. Und selbst bei der Neugestaltung des Staatslebens zeigten sich die Demokraten vielfach von ihrer inneren Zweifelhäftigkeit gehemmt. Diese Zweifelhäftigkeit läßt es bezeichnend erscheinen, daß die Demokraten selbst in den Schichten der republikanisch, aber nicht sozialistisch empfindenden Angestellten und Arbeiter nur geringe Werbekraft zu entfalten vermochten.

Im Interesse der Fortentwicklung der Republik wünschen wir ernstlich, daß der Parteitag von Bremen für die Demokraten einen „Ruck nach links“ gebracht hätte, eine Festigung der bei der Gründung der Partei aufgestellten republikanischen Bekenntnisse. An dessen wird es zu dem Zwecke der wirklich emsigen Tätigkeit jener jüngeren Generation bedürfen, die in Bremen das Banner der Opposition gegen die Fraktionspolitik trug. Stilles Bewahrenlassen ist in dieser Partei der Kompromisse mehr als sonst vom Uebel. Sie läuft sonst Gefahr, den Gedanken der Demokratie im Bürgertum dauernd in Mißkredit zu bringen.

## Die preussischen Volksschulen.

Der Hauptausschuß des Landtages verhandelte am Dienstag über das Volksschulwesen. Die Berichterstatterin Frau Dr. Wegscheider (Soz.) stellte an den Minister eine Reihe Anfragen über die Grundschule und über Privatjunker. Minister Boelch ver sprach formale Durchführung des Grundschulwesens. Wenn jedoch besondere Verhältnisse es erfordern, sind auch Ausnahmen zulässig. Ueber die Zulassung von Privatjunkten müßten die zuständigen Behörden entscheiden. — Abg. König (Soz.) trat für den Gesamtunterricht ein, wünscht fünfjährige Dauer der Grundschule und bittet die Vorlegung eines Gesetzes über die Trennung von Schule und Kirche. — Abg. Dr. Wener (Komm.) führt Beschwerde über die nationalliberalen Verheerung in den Schulen. In der weiteren Aussprache wurde eine bedeutende Vermehrung der Aufwendungen für Volkshochschulen und Volkshochschulen verlangt.

## „In der Heimat ist es schön...“

Von Julius Kreis.

Da, wo die große Stadt mit ihren letzten Vorortshäusern und einschichtigen Mietkasernen sich in verwahrloste Wiesen und kieseliges Baugelände, hineinastet, stand eines Abends der grüne Pfannenstickerwagen.

Der Ferdl vom Geheimsekretär zog mit seinem Vater auf der Landstraße vorbei. Sie kamen vom regelmäßigen Spätnachmittagsspaziergang und der Ferdl stolperte verdrossen, müde und gähnend neben dem Vater drein. Der sagte ein ums anderemal: „Geh gerade, Ferdinand! Tritt nicht in die Pfütze, Ferdinand! Heb die Füße, Ferdinand!“ — O, der Ferdl konnte diese Mühseligkeiten gar nicht leiden. — Da liefen die Kameraden umher, spielten Klüber, Indianer, Krieg, warfen mit flachen Steinen nach aufgestellten Ziegelsteinen, und niemand war um sie, der immer sagte: „Geh gerade! Brust heraus! Stolpere nicht!“ — Die Bubben hatten alle keinen Geheimsekretär zum Vater, der unablässig erzog. Die Bubben da herum durften johlen, balgen, barfuß laufen, kriegten für zerrissene Hosen Prägeln und schüttelten sich ab, kletterten auf den Weiden am Kanal herum und hatten braune Gesichter, verschrammte Hände, blühende Augen und fürchteten sich vor keinem Teufel und nicht einmal vor dem wilden Portier auf Nummer neun.

Der Ferdl sah sie mit brennenden, verlangenden Augen und hörte aus der Ferne ihren wilden, lockenden Ruf: „Feeeerdl! Feeeerdl!“ Da stand nun auf einmal der grüne Wagen und über dem Dach rauchte ein Schornstein und ein dürrer Gaul graßte die Wiese ab. . . . Wer da hinlaufen dürft! Diesen Wunderwagen ganz in der Nähe betrachten! — Vater, darf ich hinüber? —

Der Geheimsekretär hob die Augen vom Weg, sah über die Wiese und schüttelte grämlich den Kopf. — „Es ist ein Zigeunerfuhrwerk“, sagte er. — „Bleib hier, Ferdinand! Die Wiese ist morastig. Du wirst voll Schmutz!“ — Es ist nichts zu sehen da drüben!“ — „Es ist nichts zu sehen, da drüben, sagt der Vater. . . . Der Ferdl stolpert verdrossen, müde und gähnend neben dem Vater drein — nach Hause. . . .

Andern Tags war in der Schule ein Neuer, der Pfannensticker, bub aus dem grünen Wagen. Die Jungen umstanden das braune schwarzhaarige Kerlchen und hörten mit gespißtem Ohr und langem Hals auf die fremdartige Sprache, die so ganz anders klang, als die ihre, und ließen sich immer wieder den seltsamen Namen sagen. Joo hieß er und wohnte in dem vierrädrigen Wagen und fuhr darin jahraus, jahrein über Land, vom Meer zum Gebirg, von den Bergen zum Meer, und nahm im Vorbeigehen aus hundert Schulen überall ein Stück Schreiben und Lesen mit.

„Bist nacher du aa a Deusscher?“ fragte der Huber Beni. — Der Braune nickte und sagte mit seiner fremden glöckchenhaften

Stimme: „Wir sind alle deutsch. Mein Bruder ist als Soldat worden erschossen in Frankreich.“

In den nächsten Tagen hub ein Läuselein und Handeln an: Schuster gegen Draht, Kellnermarken gegen Riegel, Farbliste gegen einen Bogen Lötjinn. . . . Das alles war unwirtlich vom Geheimnis des grünen Wagens.

Den Ferdl vom Geheimsekretär zog es zu dem braunen Fremdling mit aller Gewalt. Er wich ihm in den Boufen, vor und nach der Schule nicht von der Seite. — Der Joo mußte vom grünen Wagen erzählen und am Mittwoch nachmittags sollte der Ferdl hinkommen. . . .

Der Joo hatte eine große, türkische Kupfermünze in der Tasche. Da waren geheimnisvolle Buchstaben drauf — keiner konnte sie lesen, auch der Lehrer nicht — da war die Fremde, da war die blaue Mänschenferne — Lausend und eine Nacht — Sindbr, der Seefahrer, Sesom, öffne dich. . . . Das alles sprach aus der Münze zum Ferdl. — Die mußte er haben! Die mußte er kriegen! — Die Münze ging durch Loum und Waden und rollte mit dem grünen Wagen durch sein blondes Bubbenköpfl. Der Geheimsekretär sagte voll Tadel zu seiner Frau: „Mit dem Ferdinand, da scheint mir etwas nicht im Lot zu sein. Von einer Zerstretheit ist der Bub, — von einer Fahrigkeit. . . . Wenn ich ihm auf dem Spaziergang was erkläre, — er träumt mit offenen Augen. Jjwooll! Mit offenen Augen!“

Der Ferdl trachte aus seinem Kinderpielzeug eine alte Spiel-dose mit in die Schule. Wenn man sie aufzog, da leierte mit dünnem blechernen Stimmlein eine Melodie darin: „In der Heimat ist es schön. . . .“

Da war der Tausch gemacht. Der Ferdl hatte die türkische Münze und der braune Bub die Spiel-dose.

Der grüne Wagen war fort. — Und eines Tags — eben als der Ferdl die Hausaufgabe Zahl für Zahl niederschrieb, kollerte aus der warmen Bubbenhand das türkische Kupferstück über den Tisch. . . .

Der Vater runzelte die Stirne. — Tändel bei der Arbeit! Er nahm mit spizen Fingern die Kupfermünze. — Verhör! — Welche. — Der Geheimsekretär war zornig. — Er sagte nur immer wieder entrüstet: „. . . . Hinter meinem Rücken!“ — Und konnte das von seinem Bubben nicht begreifen. — „Also ohne meine Genehmigung! Die schöne Spiel-dose gegen wertlosen Land! Bub! Bub!“ —

Der Ferdl mußte zwei Wochen lang jeden Tag eine Strafaufgabe schreiben: 10mal: „Ich darf ohne Erlaubnis meiner Eltern nichts verkaufen.“ — Und die türkische Münze kam in Vaters Schreib-tisch. . . . Wenn du einmal größer bist und dir eine Mühsensammlung anlegst, Ferdinand, sollst du sie wieder haben. . . . Jetzt ist es für dich wertlose Länderei, die ablenkt!“ —

Aus blauen Bubbenaugen tropfen heiße Tränen. . . . Jrgend-mo im Zigeunerwagen hieß einer eine kleine Spiel-dose an das braune Ohr und aus dem Wertlein sang es mit dünner Stimme und

mit sehnüchlichem Kling und Klang: „In der Heimat ist es schön. . . .“

Und im dämmerigen grünen Wagen war ein Heimweh nach Haus, Feierabend und Weibe. . . . so wie's die Kinder in Dorf und Markt und Städten hatten.

Wer trägt die Verantwortung? Die Tätigkeit des Professors Brunner und speziell sein Auftreten im „Reigen“-Prozeß, ist von einigen Zeitungen dem Ministerium für Volkswohlfahrt zur Last gelegt worden, dessen Beamter Brunner bekanntlich ist. Hierzu wird jetzt vom amtlichen preussischen Pressedienst festgestellt:

„Im Ministerium für Volkswohlfahrt ist man über die ganze „Reigen“-Angelegenheit nur durch die Zeitungen unterrichtet. Jrgendwie amtliche Mitwirkung dieses Ministeriums hat nicht stattgefunden, insbesondere sind auch keine Mittel dieses Ressorts zur Anschaffung von Eintrittskarten für den „Reigen“ oder ähnliche Zwecke verwandt worden. Im Ministerium für Volkswohlfahrt ist Professor Brunner lediglich als literarischer Sachverständiger auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt tätig.“

Es drängt sich nun die Frage auf: Aus welchen Mitteln sind die Theaterbillette bezahlt worden, die Brunner seiner Keuschheitsgarde für die „Reigen“-Auführungen hat zukommen lassen? Daß Brunner noch in Beziehungen zum Berliner Polizeipräsidenten steht, ist neuerdings bestritten worden. Trotzdem erhält sich das Gerücht, daß dieser Herr noch heute seine Dienststrüme am Alexanderplatz innehat. Eine schleunige Aufklärung ist durchaus notwendig. Die Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, klipp und klar zu erfahren, welche Behörde die Betätigung des Herrn Brunner mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken hat.

Kostspielige stiftliche Enttäufung. In der Klage des Direktors Dr. Altmann vom Kleinen Theater gegen den Theaterkritiker der „Germania“ Dr. Berch fällt der 22. Zivilsenat des Kammergerichts nach längerem Beratungen das Urteil. Die Berufung des Beklagten wurde zurückgewiesen. Das Gericht hat angenommen, daß Dr. Berch den Theaterfondal verschuldet hat. Dr. Berch muß daher den Schaden in Höhe von 6800 M. ersetzen, der dem Kleinen Theater durch die Rückzahlung der Eintrittsgelder entstanden ist.

Fernand Schnopf, der belgische Maler, ist im Alter von 63 Jahren in Brüssel gestorben. Er war ein Träumer und Aesthet, der in den Jahren, als der Naturalismus die europäische Kunst beherrschte, eigene Wege ging. Sein Name wurde damals viel genannt und seine Kunst von der Gemeinde, die er sich geschaffen hatte, hoch geschätzt. Eine frühe Mächtigkeits charakterisierte die geheimnisvollen Gestalten seiner Malerei, in der der fühlbare Zusammenhang von Weiß, Blau und Schwarz vorherrschte. Seine Mittel gestatteten ihm, ohne Rücksicht auf den äußeren Erfolg zu arbeiten. Er mied den Markt und die Masse, aber diese vornehme Zurückhaltung war nicht frei von Egoismus. Das einsame Brügge, wo er seine Lebenszeit verbrachte und die für sein Leben und Schaffen entscheidenden Eindrücke erfahren hatte, besuchte er nicht ein ein-

## Balfour einverstanden.

London, 15. November. (WZ.) Aus Washington wird gemeldet: Balfour erklärte in seiner Antwort auf die Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten: Wir stimmen mit Hughes im Geist und im Grundgedanken überein. — Admiral Kato brachte ebenfalls zum Ausdruck, daß Japan die Vorschläge Hughes' im Prinzip annimmt, und daß die Stellungnahme Japans gegenüber der Herabsetzung der Flottenstärke darlegte.

Weiter wird gemeldet: Balfour wies darauf hin, daß während die Verbindungslinien der Vereinigten Staaten fest und unzerstörbar seien, kein Bürger des britischen Reiches vergessen könne, daß sein Leben von den Seeverbindungen des britischen Reiches abhängt, und daß er ohne diese Verbindungen nicht leben kann. Balfour gab der Ansicht Ausdruck, daß der Vorschlag betreffend das Verhältnis der Schlachtschiffe der einzelnen Länder zueinander annehmbar wäre, und daß die Höhe der Einschränkungen angemessen sei.

## Hochschulbuben schänden die Reichsfahne.

Hamburg, 15. November. (Eig. Drahtber.) Bei der heutigen Rektoratsübergabe der neuen Universität hatten die Burschenschaften ihre Beteiligung abgelehnt, weil außer der hanseatischen Flagge Hamburgs die Reichsfarben gehißt waren, dieselben Burschenschaften, die im Vormärz von den Regierungen der deutschen Fürsten wegen ihres Schwarzrotgold blutig verfolgt worden sind. Nachdem am Vormittag vorübergehende Arbeiter einen Versuch der Schändung der Reichsfahne verhindert hatten, zogen nach Beendigung der Feier Korpsstudenten vor die Universität, schnitten die Schnur durch, holten die Fahne herunter, schmähten und zerrissen sie. Der Haupttäter wurde von dem Universitätsinspektor festgestellt. Die hamburgische Arbeiterschaft, die die Hamburger Universität überhaupt erst geschaffen hat, wird sich diesen Skandal nicht gefallen lassen und Rechenschaft fordern. Die Hamburger Hochschulbehörde wird dafür sorgen müssen, daß für diese Schandtat reaktionärer Studenten Genugtuung geschaffen wird.

## Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Angenommen wurde weiter ein Antrag Resper, Stuttgart, der die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes und der Reichs- und Landtagsfraktionen darauf hinlenkt, daß

### der Achttundenlag

auch in den Betrieben des Staates und der öffentlichen Körperschaften zu durchbrechen versucht wird; der Beirat steht auf dem Standpunkt, daß innerhalb der achttündigen Arbeitszeit vollwertige Arbeit geleistet werden muß, daß aber dieser Achttundenarbeitstag unter keinen Umständen durchbrochen werden darf. Ist ausnahmsweise Ueberarbeit notwendig, so muß sie in irgendeiner Form ausgeglichen werden, wobei den Beamtenvertretungen Mitwirkung einzuräumen ist. Der Beirat verurteilt es auch, wenn der Achttundenlag durch gewerbmäßiges Ruutzieren von Beamten durchbrochen wird, die dadurch gleichzeitig den Zivilberufsmännern eine schwere Konkurrenz machen.

Ueber

## Organisation und Agitation

fährte der Referent, Genosse Wäger, im wesentlichen aus:

Da die Berichtsbogen der Bezirke nur sehr mangelhaft eingegangen sind, kann ich einen vollständigen Bericht über den Fortschritt unserer Werksarbeit nicht geben. Die Bezirke müssen regelmäßig Bericht erstatten; das ist bereits ein Antrieb, daß sie sich mehr als bisher mit der Beamtensituation beschäftigen. Teilweise arbeiten die Bezirke gut, es kommt auf die Personen der Bezirkssekretäre an und auf die Zusammensetzung der Bezirksarbeitsgemeinschaften. In einigen Bezirken werden öfter öffentliche Beamtensammlungen organisiert und einzelne Bezirke haben sich sogar besondere Richtlinien und Material geschaffen. Es ist vielleicht zweckmäßig, einen Gedankenaustausch zwischen den Beamtensammlungen zu organisieren. Der neue Reichsbeamtenbeirat ist dazu berufen, die Verbindung zwischen den einzelnen Provinzen und Ländern aufrechtzuerhalten. Weiter behandelt der Referent den organisatorischen Aufbau der Beamtensammlungen und der Bezirksarbeitsgemeinschaften, wobei er ins einzelne gehende Richtlinien gab. In der Aufklärungsarbeit unter den Beamten ist in erster Linie not-

ziges Mal mehr, seit die „rote Stadt“ ein Ziel des europäischen Touristenverkehrs geworden war. Einst pries man ihn, weil man in seiner Kunst Keime eines Neuen zu sehen meinte. Heute hat man erkannt, daß er ein Rückwärtiger war, der sein Bestes den englischen Reizstoffen verdankte, deren Stil er durch seine absonderliche koloristische Note ein wenig reizvoller, weicher und zarter gestaltet hat.

## Brillen.

Enghorn nennt in einer Unterredung Deutschlands Zukunft dunkel. (Als endlich Einigkeit)

Erst, früher Ober-Rübe,  
steht die Zukunft schwarz und trübe.

Düster sieht ihm auf der Nase  
eine Brille, schwarz von Glase.

Einst trug er die rosige Brille,  
als noch galt allein sein Wille.

Ringsum halt' die Welt — zum Hohn —  
zwor'n an andern Farbenton,

Doch er sah's erst nicht genau;  
Dann ward ihm vor Augen blau:

In die schwedische Dohle  
fuhr er drum per blauer Brille.

Längst ist er zurück von drüben,  
Denn die Angst war übertrieben.

Dunkel-schwarz ist jetzt sein Glas;  
Erst, sag', was nützt Dir das?

Eine ungefärbte Brille  
kauft Dir und schau in der Stille

Mit gewohntem scharfen Blick  
zur Vergangenheit zurück.

Auch das Heute schau' Dir an:  
Wessen Wert ist's, großer Mann?

Stika.

Staatsoper. Die heutige „Tristan“-Aufführung beginnt um 6 Uhr. In der Komischen Oper findet am Dinstag ein einmaliges Gastspiel von Irene Reich und Paul Wegener in dem Strindberg'schen Schauspiel „Totentanz“ statt. Beginn der Vorstellung 7 Uhr.

Arbeiter-Auswahlsitzung. Vatershäuser Str. 39. Ernst Friedrich spricht am Donnerstag, den 17., abends 7 1/2 Uhr. Diskutieren von Dohle'ski. Ein in Berlin wohnender Kolonialist wird außerdem über „Dohle'ski als Reich und Dichter“ sprechen.

Die Ausstellung „Buch und Bild“ im Kunstgewerbemuseum (Wilmersdorfer Str. 4) wird auch am heutigen Mittwoch (Dinstag) und am nächsten Sonntag offen gehalten werden.

Kammertheater im Vesting-Museum. Die Eröffnungsvorstellung mit aus dem Reichsland auf Dienstag, 22., verschoben werden. Zur Aufführung gelangt „Der Ranz“, von Peter Gage.

Die Staatlichen Museen bleiben Sonntag, den 20., — Totensonntag — zum Besuch für das Publikum geschlossen.

# Gegen den Zerstörungswahn.

## Deutsche Einspruchsnote.

Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission gerichtet; zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die anfänglich planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen „Reichswerke“ aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikels 168 des Vertrages zu sein.

Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden müßte, wird der Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hatte diesem Antrage durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgendwelche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben.

Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt, daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse, die in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die Weiterbildung dieser Arbeiter mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden; die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben.

Nach jahrelanger, mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende, sichere Existenz gewährleisten würde.

Da jedoch plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommission ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschlusse der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke auf's äußerste gefährden. Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage I dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommission in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge haben und damit nicht nur alles bisher geleistete zunichte machen, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie keine Ver schulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entwertung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Lehren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für alle Male den Charakter von „Heeresgutfabriken“ zu nehmen.

Werke von diesen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage 2 im einzelnen dargelegt. Jede Befehrs einer Wiederrückstellung auf die Fabrikation von Kriegsmaterial ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommission, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst stehen dafür ein.

Die deutsche Regierung erkennt nicht, daß es die Aufgabe der Militärkontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 auf das schärfste zu überwachen; sie hat sich in dieser Erkenntnis und auch im den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt,

wenn, daß sowohl in den öffentlichen wie in den Mitarbeiter-Sammlungen Vorträge über Steuer- und wirtschaftspolitische Fragen gehalten werden. Den Beamten muß gezeigt werden, daß sie sich nicht darauf beschränken dürfen, an das Reich, den Staat und die Gemeinde lediglich Forderungen auf Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse zu richten, sondern sie müssen auch Einfluß auf die Gestaltung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik zu erlangen versuchen. Dem Beamten kann es nicht gleichgültig sein, in welcher finanziellen und wirtschaftlichen Lage sich sein Arbeitgeber befindet. Er muß gerade diesen Fragen als Arbeitnehmer des Reichs und der Einzelstaaten besonderes Interesse entgegenbringen. Obenan muß der Gedanke stehen, die Beamten über ihre Klassenlage aufzuklären, ihnen zu zeigen, daß sie gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen mit der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten haben. Schon heute ringt sich die Erkenntnis der Klassenlage mehr und mehr selbst bei den Beamten durch, die aus alten Ueberlieferungen und Traditionen her heute noch den bürgerlichen Parteien nachlaufen.

Die Gestaltung unseres zukünftigen Wirtschaftslebens steht im Vordergrund des Interesses. Die hieraus auftauchenden Probleme der großen Masse der Beamtenschaft näherzubringen, muß der Leitgedanke für unsere gesamte Agitation sein. Auf diesem Wege werden wir auch eine größere Annäherung der Beamten an die Arbeiterschaft erreichen.

Die erste Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit ist aber, daß für die weiteste Verbreitung unseres Mitteilungsblattes „Der freie Beamte“ Sorge getragen wird. Nur durch das regelmäßige Lesen dieser Wochenchrift, die zu allen schwebenden Beamtensagen Stellung nimmt, kann eine dauernde Einwirkung auf die Beamtenschaft im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung erreicht werden!

In den Betrieben knüpfte sich eine kurze Diskussion, in der alle Redner mit dem Vortragenden einverstanden waren. Dann wurde noch folgendem

deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte. Im vorliegenden Falle aber muß sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schärfste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergeburt des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen. In Zusammenfassung der in den Anlagen 1 und 2 enthaltenen Darlegungen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß

1. in Erfurt und Spandau-Hafelhorst die Fabrikation von Schusswaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird. Aufhebung der Note vom 28. September 1921.);

2. im Werke Wolfgang die Fertigung von Kollodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmwolle und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schmirgelpapier, Waggon- und Lokomotivrepaturen und anderes, darunter Belassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen) weiter zugelassen werden (Aufhebung der Note vom 30. September sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zerstörungsforderungen der Militärkontrollkommission Frankfurt a. M. bezüglich der Anlagen im Werk Wolfgang);

3. im Hüttenwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. November 1921.);

4. a) die von der Militärkontrollkommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Hafelhorst und von der Militärkontrollkommission Frankfurt a. M. bezüglich des Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstörung dringend benötigter, zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschränkt werden, b) die Anschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und ausgleicher Transport von Werk zu Werk nicht geprüft wird, c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschränkung noch zerstörungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsstelle zugestanden wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt;

5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschränkung der Verkaufsberechtigung der „Deutschen Werke A.-G.“ über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage I der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der „Deutschen Werke A.-G.“ gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

In Anlage II sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert die auf Anordnung der Militärkontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von „Heeresgutfabriken“ zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen.

## Der Dresdener Zwischenfall.

Dresden, 15. November. (WZ.) Das Polizeipräsidium teilt mit, daß folgendes mit: Auf Grund der gestrigen Verhandlungen mit der Fabrikleitung sollte heute vormittag um 9 Uhr die Besichtigung durch die Interalliierte Kommission im Beisein mehrerer Polizeibeamten vorgenommen werden. Die Besichtigung selbst verlief ohne Zwischenfall, führte aber im Hauptpunkt zu keinem Ergebnis. Das Verlangen der Kommission, eine Ziegelmauer an einer Stelle durchstoßen zu lassen, wurde von der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft abgelehnt. Beide erklärten, auch fremden Arbeitern zur Ausführung dieser Arbeit den Zutritt nicht gestatten zu wollen. Unter diesen Umständen erklärte die Interalliierte Kommission, sich wieder entfernen zu müssen. Die Besichtigung einiger anderer Räume nach verborgenen Waffen usw. verlief ergebnislos.

Die „Freiheit“ meldet demgegenüber, der erste Widerstand habe nur darin seinen Grund gehabt, daß die Arbeiter infolge der Durchsuchungsmassnahmen am Nachhausegehen verhindert gewesen seien. Die Verleitung stehe mit an der Spitze der Geheimorgane.

## Deutschlands Sachleistungen.

Berlin, 15. November. (WZ.) Im Monat Oktober wurden an Frankreich 543 Eisenbahnfahrzeuge zurückgegeben. So daß nunmehr auf Grund des Artikels 238 des Friedensvertrages an Frankreich insgesamt 6211 Staatsbahnwagen und 843 Privatwagen zurückgegeben sind.

An Belgien wurden bis zum 31. Oktober insgesamt 12 736 Staatsbahnwagen und 248 Privatwagen zurückgegeben.

Diese Rücklieferung auf Grund des Artikels 238 des Friedensvertrages ist unabhängig von der Lieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen auf Grund des Artikels VII des Waffenstillstandsvertrages. Diese Verpflichtung aus dem Waffenstillstand ist nahezu restlos erfüllt.

## Aufruf

zugestimmt:

„Die sprunghafte Steigerung der Preise aller zum Leben notwendigen Gegenstände zwingt auch die Vertreter des aus allen Teilen des Reiches zur zweiten Tagung in Berlin verammelten Reichsbeamtenbeirats der SPD, zum ersonnenen Protest gegen die durch willkürliche und wucherische Preisbildung aufrechterhaltene Verteuerung der gesamten Lebenshaltung.“

Der Reichsbeamtenbeirat richtet an alle Verbraucherkreise und insbesondere an die Beamten die dringende Aufforderung, dieser Ausbeutung der Arbeiterschaft nicht mehr länger unaktiv zuzusehen, sondern die unerhörte Bewucherung der Verbraucher mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Der Reichsbeamtenbeirat ist einmütig der Ansicht, daß zunächst versucht werden muß, mit Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen den Wucher vorzugehen und bei Verfehlen der ordentlichen Gerichte die Beamten in Verbindung mit den Gewerkschaften der überaus Arbeitnehmer zielt auf die Beseitigung dieses Krebsbubens heranzuziehen. Bei den Verhandlungen vor den Wuchergerichten sind nur solche Sachverständige heranzuziehen, die den Interessenkreisen der Angelegten fernstehen.“

Gen. Franz Krüger führte im Schlußwort aus: Die Befürchtungen, daß die Verbraucherkreise eine Sonderbewegung neben der Partei werden würden, sind durch die Verhandlungen als völlig unangebracht erwiesen worden. Daß wir die Beamtenschaft wegen ihrer besonderen Rechtsstellung und Bekämpfung in positiver Beziehung ganz besonders behandeln müssen, ist selbstverständlich und durchaus kein Anlaß dazu, daß sich die Einrichtungen zum Schaden der Partei ausmachen können und müssen.

Im Namen des Reichsbeamtenbeirats sprach Gen. Legalls, Königsberg dem Parteivorstand, insbesondere den Genossen Krüger und Bäger, Dank für die verständnisvolle Behandlung der Beamtensachen aus.

Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wirtschaftsbeihilfe!

Handelte es sich hier lediglich um ein Schlagwort, dann würde es der kommunistischen Agitation für „Aktionen“, für „große“ Aktionen, weit weniger gelingen, politische Geschäfte damit zu machen. Wird für den Arbeiterhaushalt schon die minderwertigste Margarine, das Schmalz, ein Stückchen Fleisch zum schier unerschwinglichen Objekt, gehen die Preissteigerungen von einem Tage zum anderen so weiter, dann kann der Beste nicht im Frieden leben.

Wer sich in den Läden nach Kleidung, Winterwäsche, Stiefeln und sonstigen unentbehrlichen Dingen umsieht und will auch nur die bescheidenste Bemerkung über die Preise machen, der steht sich sofort durch die Keufereien der Verkäufer „beruhigt“, die da lauten: „Wären Sie vor 6 Wochen gekommen, da war der Preis noch weit niedriger. Wenn Sie aber noch 14 Tage oder noch drei, vier Wochen warten, dann sind die Preise noch weit höher, und es ist die Frage, ob dann überhaupt noch zu haben ist, was Sie haben wollen.“ Früher wurde um einen Preisnachlaß von Pfennigen gefleht. Heute aber heißt es: „Geld spielt keine Rolle.“ Es spielt die Hauptrolle, mehr denn je, weil ohnedem nun einmal nichts zu haben ist. Trotz aller Lohnzulagen verhindert die Lebensmittelsteuer, daß der Arbeiter sich wie früher von Woche zu Woche ein paar Mark zurücklegen kann, um sich einen Anzug zu beschaffen oder sonst etwas, wozu eine einmalige größere Ausgabe notwendig ist. Von einem Wochenlohn kann nichts beschafft werden. Bis der einzelne aber sich 500 bis 1000 M. „erspart“ hat, ist sein Geld im zwischen stark entwertet; was er dafür kaufen wollte, ist teurer geworden, er bekommt nicht mehr das, was er gebraucht. Er wird irre an der ganzen Wirtschaft. Die Frau klagt Tag um Tag, daß sie nicht mehr zurecht kommen kann, und so fällt das Wort Wirtschaftsbeihilfe auf guten Boden. Mit dem Lohn allein geht es nicht mehr. Bei den immer höher kletternden Preisen, der Befürchtung, bei dem „Ausverkauf“ zu spät zu kommen, ringt die Notwendigkeit, die Leibwäsche, Kleidung und anderes zu erneuern, nach Ausdruck. Der Tariflohn liegt fest für die nächsten Wochen, was nun?

Die Beamten haben Geld in die Hand bekommen, die städtischen Arbeiter ebenfalls, weil — wie sie glauben — die passivste Resistenz gewirkt hat. Die Arbeiter der Privatindustrie aber sehen und hören es und gebrauchen nicht minder notwendig größere Beträge zu größeren Anschaffungen. Während aber bei den Verwaltungsbehörden und den Monopolbetrieben der Gemeinden außer den finanziellen keine technischen Schwierigkeiten solchen Regelungen entgegenstehen, lassen sich einmalige Wirtschaftsbeihilfen in den Privatbetrieben natürlich ungleich schwieriger, wenn überhaupt durchführen.

Schließlich ist's dem Arbeiter aber auch ganz einerlei, unter welchem Namen und in welcher Form er Geld in die Hand bekommt, es kommt ihm darauf an, daß er es und zu einem größeren Beitrag bekommt. Ganz abgesehen von den unerläßlichen Maßnahmen gegen die allzu „freie“ Wirtschaft, den Warenwucher, muß die Lohnpolitik der Gewerkschaften darauf hinausgehen, von Zeit zu Zeit, etwa allvierteljährlich, dafür zu sorgen, daß durch Rückwirkung der Lohnzulagen für kurze Zeit jeder Arbeiter und Angestellte einen größeren Betrag über den Wochenlohn oder das Monatsgehalt hinaus erhält. Das ist freilich leicht gesagt, allein es muß unter allen Umständen durchgeführt werden, bis einmal eine gewisse Stabilität des Marktkurses eingetreten ist. Auch die Frage der Gewinnbeteiligung wäre in dieser Verbindung zu erörtern.

Mit dem Tarifvertrag allein geht es so ohnehin nicht mehr. Die Gewerkschaften müssen in all den Lohnkämpfen die Führung behalten. Und die Mitglieder in den Betrieben sollten wissen, daß sie selber die Gewerkschaft, der Verband sind. Daß ihre Forderungen nicht betriebsweise und spontan, heute hier und morgen da rein willkürlich erhoben werden können, sondern überlegt und auf legalem Wege verfolgt werden müssen. Streik, wenn es nicht anders geht, doch erst dann. Ungewöhnliches Vorgehen hat ungewöhnliche Gegenwehr zur Folge, das Elend wird größer anstatt geringer und der Akt des Wirtschaftslebens, auf dem wir mit sitzen, wird geschädigt.

Was der Arbeiter gebraucht zum Leben für sich und seine Familie, das muß er haben. Er muß sich satt essen und ordentlich kleiden können, dann erst kann er bestehen und ordentlich arbeiten. Das, was er gebraucht, muß er sich durch seine gewerkschaftliche

Organisation sichern. Zweigkassaktionen helfen uns nichts, sie schaden nur. Die Gewerkschaft, der Verband soll und muß helfen. Mehr Vertrauen zur eigenen Kraft, das heißt zur Gewerkschaft!

## In die Angestellten Groß-Berlins!

Die drückende Not, in die die Arbeitnehmerschaft durch die außergewöhnliche Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geraten ist, hat auch Teile der Angestelltenchaft Groß-Berlins zu Schritten getrieben, die in der gegenwärtigen Situation menschlich verständlich sind, aber vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht gutgeheißen werden können. Die Angestelltenchaft muß sich vor Augen halten, daß Teiltaktionen zu Zerspaltungen führen, die die Gesamtbewegung schädigen. Nur im Einverständnis mit allen in Betracht kommenden Körperschaften können für die einzelnen Branchen Forderungen aufgestellt und mit Aussicht auf Erfolg vertreten werden. Hierbei wird und kann naturgemäß die Fühlung mit den in anderen Branchen tätigen Berufskollegen nicht verloren werden. Wer Teiltaktionen unternimmt, handelt auch gegen den Sinn der Solidarität, die sich erst dann recht zeigt, wenn man bei der Vorbereitung und beim Austrag von Kämpfen die Gesamtheit nicht vergißt. Wer nur für sich selber und seinen eigenen Betrieb in Bezug auf Lohnerhöhungen arbeitet, ist ein Egoist, der das proletarische Empfinden verliert.

Die im Afa-Bund zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben alle Vorbereitungen getroffen, um mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen auch während der laufenden Tarifperiode Erhöhungen zu vereinbaren, die den veränderten Verhältnissen entsprechen.

Wenn dieses Vorgehen der Gewerkschaften Erfolg haben soll, muß jede Sonderbewegung zurzeit unterbleiben.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Ortskartell Groß-Berlin.

## Ablehnung des Magistratsangebots.

Nachdem am Montagabend die Funktionäre der kommunalen Betriebe bereits Stellung zu den Lohnverhandlungen mit dem Magistrat genommen haben, hat nun auch eine Versammlung aller Funktionäre der im Lohnkartell für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins vereinigten Organisationen sich mit den Beschlüssen des Magistrats in Sachen der Wirtschaftsbeihilfe beschäftigt. Die Versammlung fand gestern (Dienstag) abend in der Schultheiß-Brauerei statt. Polesenke gab das Resultat der Abstimmung bekannt. Abgegeben sind bei der Urabstimmung in den Betrieben 44 744 Stimmen, davon für die Annahme 12 778, gegen diese 31 329. Unzulässig waren 637. Das Angebot ist damit abgelehnt. 34 000 Arbeiter haben nicht abgestimmt.

Hierauf folgte eine längere Aussprache ein, deren Ergebnis die Annahme folgender Entschlüsse gegen wenige Stimmen war: „Durch die Verschleppungstaktik des Magistrats sind die Forderungen der städtischen Arbeiter überholt worden. Diese sehen sich daher gezwungen, ihre Forderung zu erweitern. Sie verlangen die bereits geforderten 1000 M. Wirtschaftsbeihilfe und außerdem für jedes Kind 250 M. Die durch den Magistratsbeschluss bereits ausgezahlten und die nach sofort zu zahlenden Beträge werden auf diese Forderung verrechnet. Das Lohnkartell wird beauftragt, sofort neue Verhandlungen anzuknüpfen.“

## Afa-Funktionäre und Afa-Betriebsräte der Metallindustrie

Freitag, abends 5 Uhr, im großen Saal der Bahnhöfer Brauerei, Fildischstr. 2/3, Versammlung aller Afa-Funktionäre und Afa-Betriebsräte der Berliner Metallindustrie. Die Versammlung wird zu der gegenwärtigen Situation Stellung nehmen und über die neuen Vorschläge der Tarifkommission entscheiden.

Wir erwarten, daß die Afa-Funktionäre und die Afa-Betriebsräte in den Metallbetrieben dahin wirken werden, daß Einzelaktionen, die die Gesamtbewegung nur schädigen könnten, unterbleiben. Jeder ehrliche Gewerkschafter muß in dieser kritischen Zeit eine erhöhte Disziplin wahren. Alle Afa-Funktionäre und alle Afa-Betriebsräte der Metallindustrie müssen am Freitag bestimmt in der Versammlung anwesend sein. Die Versammlung beginnt Punkt 5 Uhr. Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

## Zum Streik bei der Reichsversicherungsanstalt.

Die Streikleitung teilt uns mit: Die Spitzenorganisationen: Deutscher Beamtenbund, Bund der Beamten und Angestellten der Reichssozialversicherung, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ge-

werkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und Zentralverband der Angestellten (Zfa) haben in Anbetracht der durch den Streik geschaffenen außerordentlich ernsten Lage im Interesse der Streikenden und der gesamten deutschen Angestelltenchaft eine Vermittlungsaktion bei den zuständigen Aufsichtsbehörden eingeleitet. Ein Verhandlungsergebnis liegt zurzeit noch nicht vor. Die Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte werden hiermit aufgefordert, zu der am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, in den Kammerfälen, Teltower Str. 1-4, anberaumten Versammlung zu erscheinen.

## Aus der Versicherungsbranche.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Die Gehälter der Provisions-Generalagenturenangestellten sind durch eine Vereinbarung am 15. November im Reichsarbeitsministerium rückwirkend ab 1. September neu geregelt worden. Diese Angestellten erhalten die gleichen Bezüge wie die Direktionsangestellten.

In der Lausitzer Textilindustrie sind die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. Die Arbeitgeber beabsichtigen die Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Aussperrung in Rendsburg. Auf der hiesigen Werft Roblstrug ist gestern die gesamte Arbeiterschaft von etwa 750 Mann wegen passiver Resistenz eines Teiles der Belegschaft ausgesperrt worden. Es war eine sofortige Lohnerrhöhung verlangt worden, ohne daß erst wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages verhandelt werden sollte. Die Werft ist geschlossen.

Krankenkassenwahl Neudöln-Bez. Freitag, 7 Uhr, bei Wolff, Reichshofstr. 49, allgemeine Betriebsräteversammlung der bei der Neudöln-Brüger Ortskrankenkasse versicherten Betriebe. Die Betriebsräte haben von jedem Kandidaten eine Bescheinigung mitzubringen, in der er sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

Der Streik von 60 000 amerikanischen Schneidern wendet sich nach einer Havas-Meldung aus New York gegen die Stickarbeit. Nach einer Londoner Meldung besteht die Absicht, den in New York ausgebrochenen Schneiderstreik auf Chicago und Philadelphia auszudehnen.

Afa-Tarifkommission, Chemische Industrie. Donnerstag 5 1/2 Uhr im Abfertigungsraum des Zentralverbandes der Angestellten, Teltower-Str. 7/10, wichtige Sitzung.

Afa-Kaufmannsgerichtsbefugter. Wegen der Verlegung der Sitzungen des Ortsverbandes des Zentralverbandes der Angestellten auf Freitag kann die für den 18. d. M. vorgesehene Zusammenkunft der Afa-Kaufmannsgerichtsbefugter nicht stattfinden. Der Ausschuh wird höheres bestimmen.

Zentralverband der Angestellten. Freitag, Lohnverteilung (Banken): Mitgliederversammlung 8 Uhr im Verhandlungsraum, Teltower-Str. 7/10. — Selbstverleumdung: Leffentliche Versammlung 8 Uhr in der Neuen Harmonie, Köpenicker Str. 96/97. — Expedition: Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in der Bahnhöfer Brauerei, Fildischstr. 2/3.

Sattler, Tapezierer und Vertikaler. Donnerstag 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Lederwarenbranche im Orphanen Vereinshaus, Alexanderstr. 44.

Deutscher Wertmessenverband. Fachgruppe Metallindustrie: Sämtliche Betriebsräte und Funktionäre der Metallindustrie haben Versammlung am Donnerstag um 5 Uhr im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstraße, Postersaal. Tagesordnung: Tarifvertrag.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion I, Lederbranche: Donnerstag Gruppenversammlungen. 5 Uhr: Gruppe Schuhgroßhandel und Fabrik; 7 Uhr: Gruppe Bollenleder bei Witte, Poststr. 29. — Branche 3 D, Kurz, Galanterie, Spielwaren: Donnerstag 1/2 Uhr bei Köplich, Inselstr. 1, Gruppenversammlung. Der neue Lohnkartell. — Branche der Wolltextilindustrie: Freitag 7 1/2 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Versammlung der Laboranten, Apothekenarbeiter und -arbeiterinnen, Kaufherren usw.

Deutscher Güterarbeiterverband. Freitag 5 1/2 Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses Versammlung der Betriebsräte aller Branchen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heiser, Charlottenburg: für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag Kommando-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Kommando-Druckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Berliner Witz“.

Kugenschuss Nachmittags- und Abendstunden verbringt man im Kaffee Zita (Friedrichstraße 1000, Ecke Prinsler Straße), wo vorzügliche Küche aller Art mit einem Kiesenprogramm die Besucher ausgezehrt unterhalten. Im Billard-Turnierklub finden täglich ab 3 Uhr nachmittags ununterbrochen Billard-Meister-Wettkämpfe mit Beizen-Kunahme statt.

**Formamint-Tabletten**  
vernichten die Bakterien in Mund  
und Rachen und gewähren  
**Schutz vor Ansteckung**

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen - Warzen  
besorgt das ärztlich empfohlene milde sanft bewirkende  
**Kukirol**  
in Apotheken - Drogerien erhältlich



# Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Donnerstag

den 17. November, 9 Uhr vormittags

Eröffnung unseres neuen Warenhauses  
in Charlottenburg

Rosinenstraße 4

Untergrundbahnverbindung: Anie, Wilhelmplatz \* Straßenbahnverbindung: 64, 90, 164, N, D, Q, R, W

# Aus der Hundertschaft z. b. V.

## Mißhandlungsprozeß gegen acht Schupobeamte.

Vor dem Landgericht II Berlin (Strafkammer 4 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Friedmann) hatten acht Schupobeamte von der in der Charlottenburger Schlosskaserne untergebrachten Hundertschaft zur besonderen Verwendung sich wegen Mißhandlung eines Sisyrtierten bzw. wegen Duldung der Mißhandlung und wegen Beleidigung zu verantworten. Angeklagt waren die Wachtmeister Adolf Schlutte, Artur Martin, Hermann Reger, Friedrich Grunewald, Hans Zimmer, Paul Hahn, Heinrich Adrian, Eduard Kienert. Hauptwachtmeister Reger, der als diensttuender Vorgesetzter die Mißhandlung zugelassen haben soll, wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er ist in die Affäre der Ermordung des Wachtmeisters Buchholz von der Hundertschaft z. b. V. verwickelt. Als Nebenkläger ist zugelassen der jetzt 21jährige Kaufmann Rob. Dicksch aus Charlottenburg, der in der Nacht des 2. Februar 1921 das Opfer der Mißhandlung war.

Dicksch sah damals auf der Straße den Wachtmeister Schlutte in einem lässlichen Streit mit seiner Frau, warf in Erregung über Schluttes Verhalten ein paar Juruse hinüber und wurde darauf von Schlutte zur Wache gebracht. Dort wurde Dicksch nach seiner Vernehmung in ein abgelegenes Zimmer geführt, in gemischter Weise beschimpft und dann von einer größeren Zahl Schupobeamten mit einem Stock, mit Gummiknüppeln und mit zusammengedrehten nassen Handtüchern schwer mißhandelt. Dicksch erstattete Anzeige beim Polizeipräsidenten und bei der Staatsanwaltschaft. Das Kommando der Schupo leitete eine Untersuchung ein, bei der nichts herauskam. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft führte zu dem Ergebnis, daß Anklage gegen die acht genannten Personen erhoben wurde. Wir haben von dem Prozeß, der am Sonnabend begann, leider erst am Montagabend erfahren, so daß wir nur über die Verhandlung vom Dienstag berichten können.

Die Angeklagten bestritten ihre Schuld mit alleiniger Ausnahme Grunewalds, der aber auch nur zugab, mit einem Handtuch geschlagen zu haben. Schlutte behauptete, Dicksch habe ihn mit einem Schlüssel am Auge verletzt, Dicksch aber bekundete, er habe gegen einen Angriff einen Knöchel mit der Faust geführt. Nach Ansicht der Anklagebehörde hat es sich bei den Vorgängen auf der Wache um eine planmäßige Mißhandlung gehandelt, zu welchem Zweck Dicksch in das abgelegene Zimmer geführt worden sei. Die als Zeuge vernommenen Schupobeamten erklärten größtenteils, sich an die Vorgänge in der Polizeistube nicht mehr genau erinnern zu können, die Namen der Beteiligten nicht mehr zu wissen oder bei Beginn der Prügelei das Zimmer verlassen zu haben. Einer der Angeklagten, der damals in dem Zimmer schlief und von dem Wärm aufwachte, will sich wieder hingelegt haben und nichts weiter wissen.

Gestern wurde der vielgenannte Kommandeur der Hundertschaft z. b. V., der

### Hauptmann Stennes,

eidlich vernommen. Kenntnis von der Mißhandlungsaffäre habe er erst durch die Presse erhalten. Im Wachebuch war zwar Dickschs Sisyrtierung vermerkt, aber natürlich stand darin nichts von dem, was dann folgte. Das Protokoll, das mit Dicksch, wie dieser bekundete, aufgenommen und unter dem Zwang der Mißhandlungen von ihm unterschrieben wurde, ist nicht gefunden worden. Stennes erklärte alle Angeklagten für tüchtige, zum Teil sehr tüchtige Beamte. Er bestritt den in einem anonymen Brief gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er bei einem von der Untersuchungskommission des Schupo Kommandos in der Kaserne abgehaltenen Lokaltermin den Hauptwachtmeister Reger weggebracht habe, damit Dicksch ihn nicht aus den Rankschaften herausfinden könnte. Vorgehalten wurde ihm, daß er während der Gerichtsverhandlung auf dem Flur seinen Leuten gesagt habe, sie sollten nichts zugeben. Er erklärte, sie nur belehrt zu haben, daß sie sich nicht selber zu bezeugen brauchen, sondern die Aussage verweigern können. Darüber habe ihn selber erst der Verteidiger belehrt. Ein Zeuge, der die Worte des Hauptmanns Stennes zum Teil gehört hatte, blieb dabei, Stennes habe mit einer nach der Saaltür deutenden Kopfbewegung gesagt: „Nichts zugeben.“ Die über diesen Punkt vernommenen Schupobeamten machten verschiedene Angaben. Einige wußten nichts davon, einer aber bekundete, Stennes

habe sie ermahnt, sich so zu benehmen, daß sie „die Uniform nicht blamieren“.

Staatsanwalt Dr. Gröschner beantragte für Hahn, Adrian und Kienert die Freisprechung, dagegen hielt er die übrigen Angeklagten für überführt. Er gestellte das „falsche Kameradschaftsgefühl“, das mehrere der als Zeugen vernommenen Schupobeamten zu falschen Aussagen verleitet habe und beantragte gegen Schlutte 4 Monate Gefängnis, Martin 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis, Reger 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, Grunewald und Zimmer je 3 Monate Gefängnis, außerdem gegen Martin und Reger auf 3 Jahre die Aberkennung der Fähigkeit zur Beleidung öffentlicher Ämter. Rechtsanwalt Galliner als Vertreter des Nebenklägers betonte die Planmäßigkeit der Mißhandlung und die Unwahrscheinlichkeit mehrerer Zeugen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Unger empfahl milde Bestrafung des geständigen Grunewald und forderte Freisprechung für alle anderen Angeklagten.

Das Gericht bezweifelte nicht Dickschs guten Glauben, hielt aber seine Beobachtungen insoweit begrifflicher Erregung für nicht in allen Punkten sicher. Freigesprochen wurden außer Hahn, Adrian und Kienert noch Zimmer und auch Schlutte, dessen Zusammenstoß mit Dicksch als nicht aufgeklärt anzusehen sei. Martin wurde nur wegen Beleidigung (durch Duzen) zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Grunewald erhielt wegen eingestandener Beteiligung an der Mißhandlung 3 Monate Gefängnis. Die hervorragende Rolle Regers bei dem Mißhandlungsakt wurde mit 1 Jahr 3 Monate 1 Woche Gefängnis geahndet, auch wurde auf Aberkennung der Fähigkeit zur Amtsbefleidung für 3 Jahre erkannt. Er habe, sagte der Vorsitzende, durch seine überaus rohe Handlungsweise und dadurch, daß er als diensttuender Hauptwachtmeister den Mißhandelten durch Androhung neuer Mißhandlungen zur Unterzeichnung des Protokolls gezwungen habe, das Ansehen der Schuppelizei schwer gefährdet.

## Hilfe für die Minderbemittelten.

### Neun Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützungen.

Die Deputierten des Wohlfahrtsamtes und der Erwerbslosenfürsorge trafen heute zu einer Besprechung beim Stadtkämmerer Dr. Karling zusammen. Es wurde beschlossen, noch am Donnerstag einen Magistratsbeschluss herbeizuführen, um der Not der Empfänger von laufenden öffentlichen Unterstützungen, der Sozialrentner und der erwerbslosen Unterstützungsempfänger abzuhelfen. Es ist in Aussicht genommen, in einzelnen Beträgen an jeden Unterstützungsempfänger fünfzig Mark, an die Frauen der Unterstützungsempfänger ebenfalls fünfzig Mark und für jedes Kind dreißig Mark zu zahlen. Die Auszahlung soll sofort nach Bewilligung schon in den nächsten Tagen erfolgen. Im ganzen sind für dieses Hilfsvermögen neun Millionen Mark auszuborfen.

### 4 150 000 Mark zur Milchverbilligung.

Die Stadt genötigt bekanntlich bei wirtschaftlicher Notlage für Schwangere (3 Monate vor der Entbindung bis zur Entbindung) und für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre einen Milchgesamtschuh von täglich 30 Pf. bzw. 45 Pf. Seit dem 1. März hat die Stadtverordnetenversammlung 2 850 000 M. bewilligt, die inzwischen verausgabt sind. Wegen der Bewilligung der Mittel bis zum 1. Oktober 1921 ist der Stadtverordnetenversammlung bereits eine Vorlage über je hunderttausend Mark zugegangen. Zur Durchführung der Milchverbilligung bis zum 31. März 1922 hat der Magistrat beschlossen, den ausreißenden Betrag von weiteren sechshunderttausend Mark bereitzustellen und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage eingereicht. Damit würden die städtischerseits für die Milchverbilligung insgesamt zur Verfügung gestellten bzw. zu stellenden Mittel die Höhe von 4 150 000 M. für das Jahr 1921/22 erreichen.

Vom 1. April 1922 ab werden übrigens die Geschäfte der Milchverbilligung auf die Bezirke übergehen, die auch die Mittel durch ihre Etats anfordern werden.

## Lebensmittelpfänderungen in Neukölln.

Zu schweren Ausschreitungen ist es gestern vormittag in Neukölln gekommen, wo von arbeitslosen Männern und Frauen eine Anzahl Lebensmittelgeschäfte ausgeraubt wurden. Die SS-Korrespondenz verbreitet darüber folgende Einzelheiten:

Die ersten Ausschreitungen begannen kurz vor 11 Uhr in der Herrfurthstraße, wo ein Trupp von etwa 150 Männern und Frauen geschlossen amarschierte. Unter lautem Schreien und Rufen machte die Menge Miene, in die Filiale der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend einzudringen, konnte jedoch das Vorhaben nicht ausführen, da das Personal schnell entschlossen die eisernen Rolläden herunterließ. Dafür drang die Menge in das Lebensmittelgeschäft von Gebr. Ruth, das auf der anderen Seite der Straße liegt ein. Die Verkäuferinnen standen dem Treiben der Frauen und Männer vollkommen machtlos gegenüber und flüchteten. Die Menge packte Butter, Margarine, Käse usw. in Körbe und Taschen ein, zum Teil wurden die Kisten mit Margarine, Eiern usw. selbst geraubt.

Kurze Zeit darauf drang ein Trupp von etwa 300 Personen in die Verkaufsräume der Neuköllner Großhandelsgesellschaft in der Steinmehstraße ein und plünderte auch hier den Laden vollständig aus. Die Verkäufer flüchteten, nachdem sie die Polizei benachrichtigt hatten. In diesem Geschäft wurden die Lebensmittel fast vollständig geplündert. Ebenso erging es in der Bergstraße der Butterhandlung „Zu den drei Sternen“, wo man anfangs dem Treiben der Arbeitslosen Widerstand entgegenzusetzen suchte. Die Menge zertrümmerte jedoch die großen Fensterscheiben und drang unter Drohungen in das Geschäftsfloß ein. Erst als polizeiliche Verläuferungen herankamen, zerstreute sich die plündernde Menge, die inzwischen den Laden ausgeraubt hatte.

Gegen 12 Uhr wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte in der Rogatstraße ausgeraubt, ohne daß es der Polizei gelang, gegen das Treiben der an zahlreichen Stellen plötzlich auftauchenden Trupps einzuschreiten. Die Plünderer behaupteten, daß sie arbeitslos seien und heute keine Erwerbslosenunterstützung erhalten hätten. Aus diesem Grunde müßten sie zur Selbsthilfe greifen. Infolge der bedenklichen Vorgänge haben zahlreiche Geschäfte in Neukölln, vor allem die Butter- und Nahrungsmittelgeschäfte geschlossen.

Zu weiteren Ergüssen ist es im Lauf des gestrigen Tages jedoch weder in Neukölln noch in anderen Gegenden Berlins gekommen. An die besonnenen Teile der Bevölkerung muß aber die Bitte ergehen, sich durch die allgemeine Not nicht zu Unflugheiten hinreißen zu lassen, die, abgesehen von den strafrechtlichen Folgen, denen der Einzelne sich im Falle seiner Festnahme gar nicht entziehen kann, praktisch nur den Erfolg haben können, daß die Geschäftsleute ihre Läden geschlossen halten, wodurch die Not nur noch gesteigert wird.

## Noch kein Ende im Reigenprozeß.

### Urteilsverkündung erst Freitag früh.

In dem weiteren Verlauf seiner Gutachterrede sagt Dr. Osborn, er müsse Einspruch dagegen erheben, daß hier von dem „Literatentum“ und dessen Ansichten über die Kunst gesprochen worden ist. Die Heiligkeit der Kunst liege dem Literaten ebenso am Herzen wie dem Prof. Brunner und seinen Leuten. Es handle sich hier um ein wirkliches Kunstwerk, das man nicht durch Worte wie „unzüchtig“ und „zotenhaft“ beleidigen oder durch Parallelen mit Kinowerken herabsehen darf. „Mögen viele in den Reigen“ gegangen sein, um sich sexuell aufzuregen, am Schlusse dürften sie dennoch nachdenklicher geworden sein. Schließlich sei gefragt worden, ob es opportun erscheine, ein solches Stück in der heutigen Zeit, wo das Volk fittlich krank sei, aufzuführen. Es sei ja bekannt, daß in allen Zeitperioden Stageweiber männlichen Geschlechts durch die Lände ziehen und über die Zunahme der Unflirtlichkeit klagen. Jeder hält immer die Zeit, in der er lebt, für die unflirtlichste. Unsere Zeit sei durchaus nicht so leichtsinnig und frivol, wie hier zu schildern versucht wurde. Nie waren die Unversitteten so voll wie jetzt, überall herrscht geistige Arbeit und Spannkraft. Wir leben in einer Zeit, wo sich Neues entwickelt und vorbereitet.

In einem Schlussgutachten bezeichnet der Sachverständige Dr. Alfred Kerr den

### Professor Brunner als einen „fanatischen Dilettanten“ und einen „gutgläubigen Schädling“.

Auf das Erluchen des Vorsitzenden, derartige Bemerkungen besser zu unterlassen, erklärt Alfred Kerr, daß er damit auch den Anstoßnehmer bzw. denjenigen, der andere veranlaßt hat, Anstoß zu nehmen sowie die Stintbomben-Ähler ebenfalls meine. Wenn

## Fräulein.

Von Paul Enderling.

Ein tiefer Groll gegen sie überkam ihn. Auch sie glaubte nicht an ihn. Warum wich sie ihm aus, wenn er zu ihr kam? Warum erschrak sie, wenn er zu ihr sprach? Er meinte es doch nicht böse mit ihr. Warum liebte . . . sie . . . ihn . . . nicht?

Heute wollte er sie fragen und in ihre Hände die Wagschale legen. Vielleicht würde noch alles gut. Sein Leben lag in Trümmern, ja, aber ihr Dasein war das Mondlicht, das darüber schien. Wehe, wenn es dunkel wurde!

Er schlug die Hände vor das Gesicht.

Plötzlich hörte er Stimmen neben sich. Er hatte sie eigenlich schon längere Zeit gehört; erst jetzt war er sich ihrer bewußt geworden. Es waren bekannte Stimmen. Sprach da nicht Lothar und nun Thea? Warum sprachen sie nur so erregt? Verwirrt blickte er um sich.

Die Schwester und der Freund standen dicht an dem verschönersten Pfeiler, der die Kanzel trug. Er wollte sich erheben und sie begrüßen, aber etwas hielt ihn zurück und gab ihm nicht die Kraft zum Aufstehen.

Und nun sagte Lothar: „Es wäre doch besser gewesen, dein Verlobter wäre mitgekommen.“

„Nein, nein,“ sagte Thea leidenschaftlich. „So ist es besser. Was sollte er hier? Siehst du das nicht ein? Siehst du nicht, daß es so sein mußte, daß er nicht abkam?“

„Ruhig, Thea, ruhig!“

„Nein, ich kann nicht ruhig sein. Das ist mehr, als man von einem Menschen verlangen kann.“

Hermann hörte erregt zu. Was war seiner Schwester? Wollte sie auch — sie auch? Waren sie alle zum Leiden verurteilt? Er hatte sich so lange nicht um Thea gekümmert. Jetzt tat es ihm leid. Wie fremd gingen sie doch alle nebeneinander her . . .

„Ich liebe dich doch, Lothar,“ sagte Thea schluchzend, „du weißt es doch. Wie kannst du mich nur so leiden lassen!“

„Ich hätte es dir gern erspart. Aber —“

Sie bettelte: „Ich will ja nicht viel: ich will ihn ja auch

heiraten, ich will ihn nicht auch noch unglücklich machen. Ich bin auch viel zu schwach dazu, um mich loszureißen.“

„Was willst du dann, Thea?“

„Lothar! Gib mir eine Stunde, daß ich froh sein kann mein Leben lang. Du hast mich doch einmal geliebt vor Jahren. Also mußt du mich doch einmal geliebt haben.“

„Das ist lange her, Thea. Es ist viel dazwischen gekommen.“

„Ja, ich weiß, ich weiß. Ich bin ja schuld. Ich weiß auch nicht, wo ich die Zeit über gewesen bin. Mir ist alles so unbegreiflich, daß ich nach dir . . . nach dir . . .“ Nun weinte sie, daß man ihre Worte nicht mehr hörte.

„Still, Thea, nicht weinen! Ich bitte dich.“

„Ach, es ist ja alles gleich . . . Weißt du, daß ich zu dir flüchten wollte, kurz nach dieser Verlobung?“

„Thea!“

„Ich war schon auf dem Bahnhof und war fertig mit allem. So liebe ich dich. Was hättest du getan, Lothar, wenn ich gekommen wäre?“

„Ich hätte dich wieder zurückbringen müssen, Thea.“

„Du liebst mich also nicht? Gar nicht? . . . Laß mich doch nicht betteln, Lothar!“

Hermann schämte sich für seine Schwester und empörte sich über sie. Warum demütigte sie sich so? Und war sie denn toll, daß sie sich hier so bloßstellte? Jeden Augenblick konnten die Besucher näherkommen, und ein Fremder konnte von der Straße eintreten. Die Tür war ja offen. Wollte sie sich bloßstellen?

Er mußte dazwischentreten.

„Ich kann nicht anders, Thea,“ sagte Lothar. Seine Stimme klang ernst und verhalten, aber nicht hart.

„Du liebst?“

„Ja.“

„Wen?“

Er zögerte.

„Ich weiß.“ Ihre Stimme steigerte sich fast bis zum Schreien. „Fräulein liebt du. Ihr sah ich es längst an. Aber du — kannst du sie wirklich lieben? Ich glaube es nicht.“

„Ich schwöre es dir. Du siehst nun —“

Sie antwortete nicht mehr, sondern lief von ihm weg bis zu der kleinen dunklen Kapelle, die zwischen den Strebepfeilern eingebaut war. Hermann sah, wie sie ihren Kopf an das Holzgitter preßte.

Er stand auf. Aber er ging nicht zu ihr. Er blieb an dem Tisch stehen, der auf samterner Decke die Bibel trug. Lothar — Fräulein — — mit einem Male sah er alles ganz deutlich. Alles war klar und so natürlich. Der Brief damals, der ihn bei Lothar so erregt hatte, rar von ihr. Schon damals hatten sie einander geliebt, schon damals. Und er hatte geträumt und gehofft und gewartet.

Nun mußte etwas geschehen, etwas Unerhörtes, Unbegreifliches. Die Pfeiler mußten sich biegen und das Gewölbe herabziehen und alles begraben, alles. Der Sturmwind mußte durch die Orgel brausen, daß sie ihren letzten Choral sang. Die Grablenden mußten sich öffnen und die Toten heroorsteigen lassen — Tod und Auferstehung — — Aber nichts geschah, nichts. Die Gewölbe standen fest und warfen hin und wieder den Ton von Menschenstimmen zurück. Auf den steinernen Grabplatten klang der rasche Schritt eines Menschen.

Drüben an der kleinen Kapelle stand Lothar noch immer bei Thea und sprach auf sie ein, tröstend, beruhigend.

In diesem Augenblick legte sich eine Hand auf Hermanns Schulter. Er fuhr herum.

Fräulein stand vor ihm. Sie strahlte und lachte. „Hier treffe ich Sie also doch?“ Sie sah in sein durchwühltes Gesicht. „Was ist Ihnen?“

Sie folgte seinen Blicken und erblachte. Lothar war da, und Thea war bei ihm. Und nun . . . nun . . . streichelte er sie zärtlich, und sie sah seinen Kopf sich zu ihr neigen. „Was ist das? Träume ich?“ Der Spuk der alten Kirche, die Träume und Phantasien, die in den alten Hallen Heimat hatten, verwirrten sie wohl. Sie faßte Hermanns Hand. Dort — dort!

„Kommen Sie,“ sagte sie endlich. Mechanisch folgte er ihr.

Lothar drehte sich um und sah die beiden. Sofort ließ er Thea und ging auf sie zu.

Fräulein zerrte an Hermanns Hand und zog ihn mit sich. „Kommen Sie,“ sagte sie leise und eindringlich.

Nun stand Lothar hinter ihr. „Wollen Sie fort, Fräulein?“ Wie glücklich sein Gesicht ist — durchfuhr es Hermann — wie glücklicher.

Fräulein drehte sich um. „Ja, Ich will,“ sagte sie hart. „Ich will Sie nicht mehr sehen. Nein, ich will nicht.“

(Fortf. folgt.)





Stürmischer Erfolg

# Walhalla-Theater

Täglich 8 Uhr:

## Jung muß man sein

Operette in 3 Akten von Leo Leipziger und Erich Urban

Musik von

### Jean Gilbert

Eise Bötticher a. G. | Alfred Lütner a. G.  
 Grete Sellin | Theo Lucas a. G.  
 Maria Grimm-Elnödshofer | Harry Collin  
 Sophie Kaniss | Karl Neisser  
 Martha Winter | Hans H. Zerlett

Inhaber dieses nur 50% Ermäßigung für 1 bis 4 an der Abendkasse Personen

### Schlager auf Schlager

**Admirals Palast** | **Anninfelle zu besten Preisen** | **Altmetalle**  
 Heute keine Vorstellung | Pitichpatich & Co., Berlin C19, Wallstr. 21, 22 | kauft zu hohen Preisen  
 Gekauft, Centrum 9070 | 972b | SO, Waldemarstraße 61



Freitag, letzter Tag!

## Das indische Grabmal

ERSTER TEIL

Regie: JOE MAY

Beginn: 7/7 und 7/9 Uhr

Vorverkauf: 11 bis 1 Uhr

Ab Sonnabend, den 19. November

ZWEITER TEIL:

## Der Tiger von Eschnapur



**SOENNECKEN**  
**BONNA-FEDER**

Überall erhältlich  
 F. SOENNECKEN - BONN - Straße W. Tartenstr. 10-18

### Theater, Lichtspiele usw.

**Opernhans**  
 Tristan u. Isolde  
 6 Uhr

**Schauspielhaus**  
 Torquato Tasso  
 7 1/2 Uhr

**Deutsch. Theat.**  
 7 Uhr zum ersten Male  
 Oester  
 Do. 7 1/2, Louis Ferdinand  
 Prinz von Preußen

**Kammerspiele**  
 7 1/2: Frühling Erwach.  
 Do. 8: Der Hühnerhof

**Gr. Schauspielh.**  
 (Karlstraße)  
 TU Götz v. Berlichingen  
 Donnerstag 7 Uhr: Götz  
 v. Berlichingen

**Königrätz. Str.**  
 (130)  
 Manon Lescaut  
 (Orska, Janssen, Rie-  
 mann, Bildt, Brandt,  
 Picha, Rehkopf, Dorn-  
 burg, May, Klupp)  
 Do.: Manon Lescaut  
 Freitag zum 1. Male.

**Hidalla**  
 (Der Zwerg) von  
 Frank Wedekind  
 (Hartau, Chari, Schütz,  
 Riemann, Kitz, Bildt,  
 Dornburg, v. Twardowski,  
 Brandt, Branden, Lundt,  
 Alexander, Bauer, Klupp)

**Komödienhaus**  
 Heute 8 Uhr:  
 Satans Maske  
 Mit d. Feuer spielen  
 Ab morgen täglich  
 7 1/2 U.: Die Fahrt  
 ins Blaue

**Berliner Theat.**  
 Heute 8 Uhr:  
 Gastspiel des Theaters  
 L. & Königrätzer Straße  
**Salome**  
 (Hartau, Schlegel, Dorn-  
 burg, v. Twardowski,  
 Branden)

**Prinzessin Olala**  
 Fritzl Masaryk a. G.)  
 Heute 8 Uhr:  
 Das weiße Land  
 von Schützler  
 Triesch, Bertens, Korff

**Residenz-Theat.**  
 Heute Bußtag 7 1/2 Uhr:  
 Evchen Humbrecht  
 Borjen Donnerstag 7 U.  
 zum 1. Male:  
 Das weiße Land  
 von Schützler  
 Triesch, Bertens, Korff

**Tranon-Theat.**  
 Heute Bußtag 7 1/2 Uhr  
 Der größte Erfolg  
 der Spielzeit  
 Lady Winderm. Fächer  
 Morgen u. täglich 7 1/2 U.  
 Mein Freund Teddy  
 mit Arnold Korff.

**Kleines Theater**  
 Heute Bußtag 7 1/2 Uhr:  
**Die Freundin**  
 von Sudermann.  
 Morg. u. täglich 7 1/2 U.:  
 Fräul. Josette  
 — meine Frau

**Theater d. Ostens**  
 (Rose-Theater)  
 8 Uhr  
**Geschlossene**  
**Vorstellung**  
**FOLIES CAPRICE**  
 Linsenstr. 132,  
 am Oranienburger Tor  
 Heute Bußtag 8 Uhr  
**Die Schilfrüchigen**  
 Komödie von Brieux  
 Morgen u. täglich 8 U.:  
 Die Dame im Bett

**Musikal. Kammerspiele**  
 Bismarckstr. 110, Kule,  
 Morgen z. 1. Male: Die  
**Weinprobe**  
 Musik v. M. Merschner  
 Jache Mensing-Neustadt

**Volksbühne**  
 Theater an Bülowplatz  
 2 1/2, Vorst. d. Klass. Th.  
 Käthen von Hellbronn  
 U.: Maffe Menfch

**Lessing-Theat.**  
 7 Uhr: Peer Gynt  
 (Theodor Loos)  
 Donnerst. & Sonnt. 7 1/2:  
 Die Spielerin  
 einer Kaiserin

**Deutsches Künstler-Th**  
 Heute 7 1/2: Die Spielerin  
 einer Kaiserin  
 Allabendlich 7 1/2:  
 Der heilige Ambrosius

**Central-Theater**  
 7 1/2 U.: D. Verschwander  
 Deutsches Opernhaus

**Parcival**  
 Friedr. Wilhelmst. Th.  
 U.: Das Glück l. Winkel  
 U.: Intimes Theater  
 Geschlossen. Morgen  
 1 U.: Die Spielstube  
 Laut doch nicht immer  
 nackt herum  
 Klein. Schauspielhaus

**Nachtasyl**  
 Lustspielhaus  
 7 1/2 U.: Peter Brauer  
 Metropol-Theater  
 Geschlossen. Morgen  
 1 1/2 U.: D. Straßensängerin  
 Neues Operetten-Th.  
 Geschlossen. Morgen  
 1 U.: Königin d. Nacht  
 Neues Theater am Zoo  
 Geschlossen. Morgen  
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:

**Der Dummkopf**  
 Neues Volksbühne  
 7 1/2 Uhr: Die Wildente  
 Morg. 7 1/2: Jugendfreunde  
 Schiller-Th. Charlitzg.

**Don Carlos**  
 Schlosspark-T. Steglitz  
 8 Uhr: Marie Magdalena  
 Thalia-Theater  
 Geschlossen. Morgen  
 7 1/2 U.: Schäm Dich, Lotte  
 Theat am Nollendorfpl.  
 6 1/2 und 9 1/2 Uhr:  
 Passionsfilm  
 „Christus“

**Theater des Westens**  
 7 1/2 U.: Die Schöpfung  
 Laubenthal, Stolzenh.  
 Th. i. d. Kommandant Str.  
 Täglich 7 1/2  
**DYBUK**  
 Wallner-Theater  
 7 Uhr: Nachtasyl  
 Walhalla-Theater  
 Geschlossen. Morgen  
 8 U.: Jung muß man sein

**Casino-Theater**  
 Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2  
 Wieder ein großer Erfolg  
 Der Schlager d. Spielzeit  
**Der Weg z. Glück**  
 Totentag w. allabendlich  
 7 1/2. Der Weg zum Glück

**Billard**  
 im Billard-Turniersaal  
 ab 8 U. nachm. bis 1 U  
**Billard**  
 Meister-Wettkämpfe  
 m. Wetten-Annahme

**Kaffee Zielka**  
 Friedrichstraße 50-52  
 Ecke Leipziger Str.  
 Nm. 4 1/2 u. abds. 7 1/2 U.  
 Heitere Spiele  
 ab 10 1/2 U. Eintritt frei!

**Schöpfung**  
 Orator. von  
 Haydn  
 Akad. Chor, Bildner-Orch., Dir.: John Petersen.  
 Sol.: J. Behrend, L. Heß, Bronsgeest. Kart 8 20 M.  
 Bußt. vorm. 11 1/2  
 Kl. 4, 7, 10, 12 M.

**Trabrennen Mariendorf**  
 Donnerstag, 17. Nov., vorm. 11 1/2 Uhr  
 8 Rennen. Gesamtpreise M. 115 000.-

**Hae morr holden**  
 schwinden schnell  
 u. schmerzlos durch  
 Myrobalanum  
 sich bewährt, außer  
 Berl. Anwend. 10 M.  
 Otto Reichel, Berlin  
 13, Eisenbahnstr. 4

## Schauburg

Königrätzer Str. 121.

# Das Tagesgespräch Berlins

bildet am 18. Novbr. **Der Fürst der Berge.** und am 25. Novbr. **Unus Der Weg in die Welt.**

Hauptrolle und Regie

# Harry Piel.



### Spielplan der U.T-Theater für Busstag, den 16. November

<b>Ufa-Palast am Zoo</b> *) Aus Natur und Wissenschaft	<b>Taunzienpalast</b> Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen	<b>U.T. Kurfürstendamm</b> Unterwelt des Seelenlebens
<b>Kammerlichtspiele</b> Der Retter in der Not Ein religiöses Spiel von Dr. Paul Lerch	<b>Mozartsaal a. Nollendorfpl.</b> Geschlossen	<b>U.T. Nollendorfplatz</b> Unterwelt des Seelenlebens
<b>U.T. Friedrichstrasse</b> Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen	<b>U.T. Alexanderplatz</b> Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen	<b>U.T. Weinbergsweg</b> Die weisse Seuche (Tuberkulose)
	<b>U.T. Schöneberg</b> Geschlossen	Sämtliche Vorstellungen mit Begleit-Vorträgen
	<b>U.T. Hasenheide</b> Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen	



\*) Jugendliche haben Zutritt  
 Freikarten ungenüßig

Bußtag einmalig. Gastspiel

**Irene Triesch** in **Totentanz** von Strindberg

**Paul Wegener** in der **Komischen Oper** Friedrichstr. 104 Anfang 7 Uhr

Neue Welt, heute 8 Uhr:

**Bußtags-Konzert**

Friedr. Kwast-Hodapp (Klavier) Irene Triesch (Rez.)  
 Conrad Veldt (Rez.) Edgar Schütz (Ten.)  
 Alfred Wittenberg (Viol.) Miesel-Quartett

Karten 15-7 M. an der Abendkasse

**CIRCUS BUSCH**

Heute Mittw. 7 1/2 U.  
 Am 1. Bußtag einerns-  
 orzentsch. Spiege-  
 l. das neue indische  
 Manago-Schaustück  
 Die Schlange d. r. Derge  
 Schwimm-Liefanten-  
 Wasserbüffel  
 v. Werth u. Circus

**Große Volksoper**

Montag 7 1/2, Neue Welt  
 21. Nov. 7 1/4 Hasenheide

**Ein Maskenball**

Oper von Verdi  
 Spielst. Horh (S-O)  
 Dirigent: Brecher,  
 Melan, Kurt, Irene Eden,  
 Ludmilla Dostal, Theod.  
 Scheidl, Carl Schröder  
 (Köln) u. a. - Karten  
 1-20 M. Bote & Bock,  
 Wertheim, Bading (Neu  
 köln). Antelzeichen d.  
 GVO. 5-14 Mark nur  
 Bureau Kroll. 5/7

Theater am  
 Kottbus. Tor

**Elite-Sänger**

Heute  
 Bußtag  
 geschloss.

**LTL**

**Luisen-Theater**

Reichenberger Str. 84.  
 Lichtspiele Bühnenschau

**Kaiserjaal Rheingold**

Belleuestr. 20  
 Gedächtnis-Gesamts-  
 bildung Berlins  
 2000 Pers. Jassenb

Jeden  
 Dienstag, Mittw.,  
 Donnerstag, Frei-  
 tag 7 1/2 Uhr

**Bühne**

Persönliches Auftrizen  
 Ethel Orff Walter Forme:  
 in dem Film-Sketch  
**Pension Himmelreich**

**Sensationelle Tanz-Vorführungen**

sowie **Gesellschafts-Tanz**

Treffpunkt der eleg. Welt  
 Orchester  
 Gindrich aus Wien  
 Warme Räume

**Apollo-**

73 Theater 7/3  
 74 Bußtag 7/4

**Hauben-lerche**

Schauspiel 4 Akt  
 von Wildenbruch  
 Vorverkauf den  
 ganz. Tag geöffn.  
 Ab Donnerstag:  
**Frau Luna**

**Film**

Uraufführung  
**Die stärkere Macht**

mit **Maria Zelenka**  
 erscheint persönlich.

**B.T.L.**

Potsdamer Str. 36,  
 Turmstr. 12

Heute Bußtag:  
 Das gr. Filmwerk  
**Christus**  
 Der Cines-Ges.  
 Rom  
 Beginn 4 Uhr  
 Jugendl. u. Kinder  
 hab. bis 9 Uhr Zutr.

**Triumph-Palast**

Direktion Felix Bab

Oranienstr. 53 54 (Moritzplatz)

**Variété grössten Stils**

Täglich: Sensations-Programm!  
 Anfang Sonnt. 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr

**Pelz-Haus abuco**

Laipziger Str. 58  
 Zahlungsvereichterung

Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint am Donnerstag früh.

Die Mastodon-Pleite.

Von Karl Verbs.

Ueber den Zusammenbruch der Mastodon-Film-A.G. (30 Millionen Aktienkapital, 50 Millionen Banttschulden) sind so unglaubliche und sinnlose Gerüchte verbreitet, daß ich es für meine Pflicht halte, die Wahrheit über diesen traurigen Vorfall hiermit der breitesten Öffentlichkeit vorzulegen. Ich verabsäume nicht, dabei in stiller Behmut des großen Detektivs Jim Lim zu gedenken, den man in einschlägigen Fachkreisen „Das Gespenst der Akerstraße“ nannte, und der in treuer Pflichterfüllung als Opfer seines Berufs eine Gehirnexplosion erlitt.

Als Jim Lim eines Nachmittags, mit einem seidenen Schlafrock bekleidet, die „Elegante Welt“ los, um sich eine passende Gewandung für eine Verbrechensverfolgung durch Kamischaita zusammenzustellen, empfing er den Besuch eines Mannes, der sich als Timotheus Ziesede vorstellte. Dieser Mann, dem ein quastengeschmücktes Flanellhemd und abwaschbare Gummimanschetten das Gepräge solider Eleganz verliehen, sagte zu Jim Lim:

„Ich komme zu Ihnen auf Veranlassung des Herrn Ralph Waldemar Puvogel, Dramaturgen der Mastodon-Filmgesellschaft. Er hat eine Verbrechensverfolgung unter dem Titel „Der blutige Heinrich“ geschrieben, in der ich die Hauptrolle spiele. Sie aber werden mich entführen.“

„Hm,“ sagte Jim Lim und klemmte sein Monokel ins Auge. „Ich habe,“ fuhr Herr Ziesede fort und spuckte auf den Persepteppich. „Kustrog, Sie in meine Familiengeschichte einzuführen. Es lohnt sich.“

„Hm,“ sagte Jim Lim und zündete sich seine Pfeife an.

„Strengen Sie,“ fuhr Herr Ziesede fort, „Ihren ganzen Scharfsinn an, wenn Sie meinen Darlegungen folgen wollen. Mein Vater, der Bierwagentischer Paul Ziesede, genannt Schnurrbart-Paule, heiratete die Witwe Amanda Kulicke, aus welcher Verbindung ich hervorging. Gleichzeitig verheiratete mein Großvater, der Bierwagentischer Theodor Ziesede, sich mit Gabriele Kulicke, Tochter der Amanda. Die hieraus sich ergebenden Verwandtschaftsbeziehungen sind kaum im Sprachgebrauch unterzubringen. Mein Vater wurde der Schwiegervater meines Großvaters, während mein Großvater der Schwiegervater meiner Mutter wurde. Mein Vater wurde der Stiefvater meiner Großmutter, während meine Mutter die Stiefmutter und Schwiegermutter meines Großvaters wurde. Aus diesen bescheidenen Andeutungen können Sie ersehen, daß ich selbst innerhalb meiner Familie eine sehr reizvolle Stellung einnahm. So war ich z. B. der Stiefbruder meiner Großmutter.“

„Hm,“ sagte Jim Lim und legte seine Pfeife weg.

„Weit entfernt,“ fuhr Herr Ziesede fort und Wachte seinen Zigarrenstummel im Lintensaß, „auf diese ungewöhnlichen Dinge stolz zu sein, will ich meine Schilderung fortsetzen. Nach einigen Jahren ungetrübten Familienglücks ließ sich mein Vater eine Ehetrennung mit meiner Großmutter, seiner Stiefmutter und Stieftochter, Gabriele geb. Kulicke, zuschulden kommen, während mein Großvater

vergeltungsweise mit meiner Mutter, Amanda geb. Kulicke, das selbe tat oder doch es zu tun nachgewiesenermaßen anhaltend beflissen war. Man schritt zur Scheidung. Wleder verging ein Jahr. Dann heiratete mein Vater meine Großmutter, Gabriele, während mein Großvater mit meiner Mutter, Amanda, zum Traualtar schritt.“

„Hm,“ sagte Jim Lim und legte das Monokel weg.

„Nunmehr,“ fuhr Herr Ziesede mit freudig erhobener Stimme fort, „scheint die Sache sehr einfach zu sein, doch verwickelte sie sich tatsächlich in hohem Maße. Mein Großvater wurde der Gatte meiner Mutter und nicht nur der Stiefvater, sondern auch der Schwiegervater meiner Großmutter, mein Vater wurde der Stiefsohn seiner geschiedenen Gattin und der Gatte meiner Großmutter, die zugleich als seine Stiefschwester sich zu bezeichnen das unanfechtbare Recht besaß.“

Jim Lim klemmte seine Pfeife ins Auge und steckte das Monokel in den Mund, bemerkte den Verbummer aber alsbald, da das Monokel nicht brennen wollte. Nachdem er den Schlafrock ausgezogen hatte, gelang es ihm, „Hm!“ zu sagen.

„Es wird Ihnen,“ fuhr Herr Ziesede fort, „leicht fallen, zu errechnen, daß ich selbst nunmehr nicht nur der Stiefbruder, sondern auch der Stiefsohn meiner Großmutter war, während meine eigene Mutter zu meiner Großmutter aufrückte. Ich bin mit meinen Nachforschungen noch nicht bis zu diesem Punkte vorgedrungen, doch zweifle ich keinen Augenblick an der Möglichkeit des Nachweises, daß ich mein eigener Vater bin. In dem Film des Herrn Puvogel wird es Ihre Aufgabe sein, in dieses Bild aus dem dunkelsten Berlin, das der Handlung zugrunde gelegt wird, Licht zu bringen und eine Stammtafel meines Hauses aufzustellen. Mein Vater bekommt da in seiner zweiten Ehe einen Sohn, der von Ottomar Kulicke, einem später austauschenden Sohn meiner Mutter aus erster Ehe, ermordet wird. Ich selbst sprengte diesen Ottomar mit seiner Beistelle in die Luft. Sie müssen alsdann auf Grund Ihrer Aufzeichnungen ermitteln, in welchen Verwandtschaftsverhältnissen die Ermordeten zu mir und den übrigen Personen des Dramas stehen, da nicht nur die Frage der erblichen Belastung zu lösen ist, sondern auch im Testament meiner Großmutter, die in Wahrheit meine Stiefmutter — nein, umgekehrt —“

Jim Lim versuchte, „Hm!“ zu sagen und ging, da es ihm nicht gelang, an der Wand hoch. Als er wieder unten ankam, erlitt er eine Gehirnexplosion; worauf Herr Ziesede sich mit geringschuldigem Achselzucken entfernte. Die „Elegante Welt“ nahm er mit.

Nach diesem Zwischenfall konnte die bereits vermietete Serie „Der blutige Heinrich“ nicht gedreht werden, da eine der Hauptpersonen fehlte und Herr Puvogel in Trübsinn verfiel. Der Generaldirektor der Mastodon-Film versuchte sich der Sache anzunehmen, war aber schon nach zwei Stunden so weit, daß er das Manuskript brüllend mit einer Art bearbeitete. Der gesamte Aufsichtsrat wurde nach zwölfwündiger Beratung vom Platze getragen; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Das ist die Wahrheit über den Zusammenbruch der Mastodon-Film-A.G. Da Herr Ziesede jetzt versucht, seine Geschichte bei anderen Gesellschaften zu verwerten, wird vor ihm gewarnt.

Wetterbericht bis Donnerstag mittag. Teilweise neblig, sonst trocken und vielfach heiter bei mäßigen stürzlichen Winden. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

Soziales.

Die Not der Kriegsopter.

Der Bundesvorstand der Wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener Deutschlands, Sitz Berlin, hat nachstehendes Telegramm an die Reichsregierung, an das Reichsfinanzministerium, den Reichsarbeitsminister, den Reichstag und dessen Reunehnerauschuss sowie an den Reichspräsidenten abgefaßt:

Die Not der Kriegsopter ist ins Unermeßliche gestiegen. Trotz vieler Eingaben, die Umanerkenntnisse zu beschleunigen, ist bisher noch nicht geschehen. Wir ersuchen nunmehr, schleunigst Maßnahmen zu treffen, die ermöglichen, daß die bei der neuen Beamtenbesoldung und Einkommenregelung maßgebenden Gesichtspunkte auch auf das Reichsversorgungsgesetz Anwendung finden. Die Empörung der Versorgungsberechtigten ist auf das Äußerste gestiegen. Helfen Sie, bevor es zu spät ist.

Der Bund der Kinderreichen.

Der Gesamtverband der Bünde der Kinderreichen hielt am Sonntag, den 6. November, in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Delegiertenversammlung ab, auf der 50 Ortsbünde aus allen Teilen des Reiches vertreten waren. Der Tagung war die Aufgabe gestellt, eine ertragsfähige Grundlag für den Gesamtverband zu schaffen. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, eine Kommission einzusetzen, die an Hand eines vorliegenden Statutenentwurfs und der Ergebnisse der Auseinandersetzung einen neuen Entwurf auszuarbeiten solle, der, nach Begutachtung durch die Einzelbünde, von der nächsten Delegiertenversammlung beschlossen soll. Im übrigen wurden folgende Forderungen aufgestellt: Unentgeltlichkeit der Lern- und Lehrmittel in den Volks- und Fortbildungsschulen. Eine andere Entscheidung verlangt Erhöhung der infolge der gestiegenen Hebungsumgebühren und der drückenden Teuerung der gesamten Lebenshaltung völlig unzulänglich gewordenen Wochenbeiträge, erneutes Vorgehen zur Erlangung staatlich garantierter Kinderrenten, besondere Berücksichtigung der Kinderreichen beim Entwurf des Reichsteuergesetzes.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge läge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Solche Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2, 1. Hof par. links, vor. Schriftliche und Verträge sind mitzubringen. 1. 21. Es sich ist dazu eine besondere Genehmigung nicht erforderlich. Sie können sich aber an den Regierungspräsidenten wenden. — 1. 22. Sie tritt an die Stelle des Bureaus. 2. Kein. 3. Erst nach dem Tode des Großvaters. 4. Wenn der Erbfall eingetreten ist. Einen Unterhaltungsanspruch hat die Gattin gegen den Großvater nur dann, wenn sie außer Stande ist, sich selbst zu unterhalten. — 1. 23. 1. Die zum Schluß des Steuerjahres, mindestens aber 3 Monate. 2. Amtsgericht Berlin-Mitte. 3. Kohlenze. — 1. 24. 1. Ja. 2. Bis 31. Oktober 1921. 3. 100 M. — 1. 25. Erheben Sie Klage auf Erhebung der schenkenden Waren. — 1. 26. 1. Der Anteil ist ebenfalls erbberechtigt. 2. 100 M. — 1. 27. Ja, wenn Sie sich aber beschwerend an den Regierungspräsidenten. — 1. 28. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich aber an den Reichsverband der Kriegsbeschädigten. Berlin, Lindenstr. 114. — 1. 29. Der Anspruch auf Zahlung der Versicherungsprämie besteht nur, wenn Sie sich dazu besonders verpflichtet haben. — 1. 30. Ihre Frage läßt sich im Briefkasten nicht beantworten. Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde und bringen Sie den Steuerbescheid mit. — 1. 31. 1. Die zur Auslegung der Verfügungen sind nur Verfügungen zulässig, auch kann die dahin die Zurücknahme der Verfügungen erfolgen. 2. Der Fall ist im Gesetz nicht geregelt. Eventuell müssen sämtliche Mitglieder ihre Stimmen niederlegen, und es muß eine Neuwahl des Betriebsrates stattfinden. — 1. 32. Stellen Sie dem Verein eine angemessene Prämie zur Befreiung der Koriosteln mit der Erklärung, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Annahme der Befreiung ablehnen und Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordern.

Advertisement for MASSARY Cigarettes. Central text: 'Urteilen Sie selbst! Dennoch die guten MASSARY Zigaretten MASSARY-CLASSE 50,8 CAID 60,8 \* ROAL 70,8'. Surrounding text in banners: 'Erhöhte Zigarettensteuer', 'Geld-Entwertung', 'Steigerung allgemeiner Unkosten', 'Verfeuerung der Edeltabake', 'Urteilen Sie selbst!'. Bottom left: 'KON LINON'.

